

Die Beziehungen zwischen der EU und Afrika

Energiefragen und die grüne Wende in Krisenzeiten
Ein neues Modell der Zusammenarbeit

VORWORT



Markus Ferber, MdEP
Vorsitzender der
Hanns-Seidel-Stiftung

Die EU und Afrika wollen ihre Zusammenarbeit auf eine neue Grundlage stellen. Auf dem vergangenen Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und der Afrikanischen Union am 17. und 18. Februar 2022 präsentierten die Staats- und Regierungschefs eine „gemeinsame Vision für 2030“. Im Kern sieht die erneuerte Partnerschaft im Rahmen des Afrika-Europa-Investitionspakets bis zu 150 Milliarden Euro für Investitionen im Bereich Energie und grüner Wandel vor – als Teil der Global-Gateway-Strategie der EU. Grundlage dafür ist die Afrika-Strategie der Europäischen Kommission vom März 2020, die engere Beziehungen durch fünf unterschiedliche Partnerschaften vorschlägt:

- 1) für den grünen Wandel und den Zugang zu Energie
- 2) für die digitale Transformation
- 3) für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung
- 4) für Frieden und gute Regierungsführung und
- 5) für Migration und Mobilität. Die vorliegende Studie befasst sich mit dem ersten Bereich, dem grünen Wandel und der Energiekooperation.

Seit dem EU-AU-Gipfel 2022 hat sich die Welt jedoch dramatisch verändert. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die globalen Energiemärkte erschüttert. Infolgedessen hat Europa seine jahrzehntelange Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen beendet und geht neue Partnerschaften mit anderen Akteuren ein, insbesondere auch in Afrika, um seine Energieversorgung zu sichern. Afrika verfügt über die reichsten Solarressourcen der Welt und hat enorme Kapazitäten für grünen Wasserstoff. Für die afrikanischen Länder bieten sowohl das neuerliche Interesse Europas an seinen fossilen und erneuerbaren Brennstoffen als auch daraus entstehende Investitionsmöglichkeiten ein erhebliches Potenzial – mit Chancen für die gewünschte Industrialisierung und Schaffung neuer, grüner Arbeitsplätze.

Nicht zu übersehen sind dabei aber große Herausforderungen. Der Krieg in der Ukraine hat die ohnehin schon schwierige Ausgangslage, bedingt durch die globale Gesundheits- und Klimakrise, weiter erschwert. Dafür hat Afrika einen unverhältnismäßig hohen Preis zu zahlen. Deshalb ist es nur fair, wenn afrikanische Bedürfnisse in gleicher Weise wie europäische berücksichtigt werden. Beispielsweise hat fast die Hälfte aller Afrikaner keinen Zugang zu Elektrizität, das Problem der Energiearmut muss deshalb dringend angegangen werden. Zudem erfordert die innerafrikanische Vielfalt einen differenzierteren Ansatz, um bestehende Herausforderungen, aber auch Chancen zu erkennen und die richtigen politischen Antworten zu finden.

In einer zunehmend fragmentierten geopolitischen Landschaft brauchen Afrika und die EU einander. Dazu liefert die vorliegende Studie wertvolle Hintergrundinformationen und Anregungen. Sie analysiert die Bedürfnisse und Interessen sowohl der EU als auch Afrikas, erörtert bestehendes politisches Handeln und politische Instrumente. Sie gibt zahlreiche Empfehlungen, wie beides angepasst und weiterentwickelt werden kann, um durch Kooperation in der Klima- und Energiepolitik Vorteile für beide Seiten zu erzielen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

///

Inhalt

| | |
|---|----|
| Kurzfassung | 8 |
| Teil I: Kontext | 12 |
| 1. Pandemie, Krieg und eine brüchige geopolitische Landschaft | 12 |
| 2. Herausforderungen für Afrika: Agenda 2063 und Pariser Abkommen | 15 |
| 2.1 Die Problemstellung für Afrika | 16 |
| 2.2 Das Erreichen von SDG 7 | 18 |
| Teil II: EU-Afrika: Ökologischer Wandel und energiepolitischer Rahmen | 21 |
| 1. Der politische Rahmen für den ökologischen Wandel | 21 |
| 1.1 Partnerschaft zwischen AU und EU | 22 |
| 1.2 MENA-EU-Rahmenwerk | 23 |
| 2. Der europäische grüne Deal | 24 |
| 3. Der grüne Deal: Herausforderungen und Risiken für Afrika ... | 26 |
| Teil III: Risiken und Herausforderungen – politische Konflikte gefährden die Beziehung | 28 |
| 1. Afrikas Energiearmut, Europas Energiesicherheit: Gleiche Dringlichkeit, gleiche Behandlung? | 28 |
| 2. Afrika und Europa: Unterschiedliche Einstiegspunkte in eine kohlenstoffarme Zukunft | 29 |
| 3. Politikkonflikte und gestrandete Vermögenswerte | 29 |
| 4. Unzureichende Finanzierung für erneuerbare Energien | 30 |
| 5. CBAM im Angesicht der „grünen Diplomatie“ der EU | 31 |
| 6. Der Grüne Deal – Probleme für die Landwirtschaft | 32 |

| | |
|---|-----------|
| 7. Probleme beim Technologeaustausch und -transfer | 33 |
| 8. Entkoppelung von Klimafinanzierung und öffentlicher Entwicklungshilfe | 33 |
| 9. LNG: Steigende Kosten der Umweltverschmutzung | 34 |
| 10. Die Bedeutung des Dialogs in der „Diplomatie des Grünen Deals“ | 35 |
| 11. Global Gateway – weniger Worte, mehr Taten | 35 |
| Teil IV: Empfehlungen für eine Neuausrichtung der Partnerschaft: Chancen in einer Zeit der Volatilität | 37 |
| 1. Global Gateway neu positionieren | 38 |
| 2. Anreize für Investitionen in Afrika schaffen | 39 |
| 3. Differenzierte Richtlinien und Strategien für die grüne Wende in Afrika | 41 |
| 4. Mehr konzessionäre Finanzierung und innovative Instrumente durch EIB und EBWE | 42 |
| 5. Einsatz für einen multilateralen Ansatz für die Entwicklung Afrikas | 45 |
| 6. Unterstützung einer multilateralen „grünen“ Bank auf Basis der Bridgetown-Initiative | 47 |
| 7. Eine gerechte globale Klimasteuer erwägen | 48 |
| Teil V: Schlussfolgerung | 49 |
| Engagement der Hanns-Seidel-Stiftung in Afrika | 52 |
| Liste der Abkürzungen | 53 |
| Endnoten | 55 |



Botschafterin Dr. Len Ishmael

ist leitende Wissenschaftlerin und Gastwissenschaftlerin bei dem German Marshall Fund USA und leitende Wissenschaftlerin bei dem Policy Center for the New South, Beraterin für globale Angelegenheiten bei Brussels Diplomatic Academy sowie Gastprofessorin an der Vrije Universiteit Brussel und der Mohammed 6 University, Marokko. Dr. Ishmael ist außerdem Autorin und Herausgeberin mehrerer Publikationen über den globalen Süden, Geopolitik, die Beziehungen zwischen Afrika und der EU, China und die transatlantischen Beziehungen.

Die Beziehungen zwischen der EU und Afrika

Energiefragen und die grüne Wende in Krisenzeiten
Ein neues Modell der Zusammenarbeit

Kurzfassung

Ziele des Berichts

Die zugrundeliegende Untersuchung zielt darauf ab, die Bereiche in der Klima- und Energiepolitik zu identifizieren, in denen eine Zusammenarbeit in gemeinsamer Verantwortung möglich ist. Sie soll darüber hinaus darstellen, wie eine Partnerschaft letztendlich Vorteile für beide Seiten generieren kann. Insbesondere werden in diesem Bericht die globalen Herausforderungen untersucht, die sich in dieser besonderen Zeit beispielloser Klima-, Wirtschafts- und geopolitischer Krisen ergeben und vor deren Hintergrund politische Maßnahmen zur Unterstützung des ökologischen Wandels in Afrika und der EU umgesetzt werden. Dabei werden auch die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Beziehungen zwischen der EU und Afrika beleuchtet.

Des Weiteren werden die unterschiedlichen Wege analysiert, auf denen Afrika und die EU eine CO₂-ärmere Zukunft erreichen wollen, und was ein variabler Wandel in afrikanischen Ländern bedeutet, der sowohl gesteuert als auch unterstützt werden muss. Die Herausforderungen und Risiken, die der Europäische Grüne Deal (EGD) für Afrika mit sich bringt, und wie diese unter Beachtung der Prinzipien von Klimagerechtigkeit und Fairness gehandhabt werden können, werden ebenfalls erörtert, ebenso wie die Wahrnehmung der Beziehungen und die Herausforderungen, die bei der Neuausrichtung der Partnerschaft in dieser Ära besonderer Volatilität und Veränderung bewältigt werden müssen. Die wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen des Berichts werden im Folgenden vorgestellt.

Wichtigste Ergebnisse

1. Seit die Europäische Union im Juli 2019 zum ersten Mal ihre Idee des EGD präsentierte, der einen Masterplan für den Übergang zu einer klimaneutralen Zukunft darstellt, haben sich die Bedingungen erheblich verändert. Drei Jahre später ist die Umsetzung der Maßnahmen im Zusammenhang mit dem EGD mit einem ganz anderen Umfeld konfrontiert, das beiden Parteien ein Gefühl der Dringlichkeit vermittelt. Für die EU ist es dringend erforderlich, die Energieversorgung zu sichern und sich von der jahrzehntelangen Abhängigkeit von Russland zu lösen. Aber auch für Afrika ist eine Dringlichkeit gegeben. Die wirtschaftliche Lage der Länder ist nach drei Jahren Pandemie und Krieg katastrophal. Viele Länder sind hoch verschuldet. Die grüne Energiewende verspricht

eine Zukunft, die sich der Kontinent schon lange gewünscht hat: einen klar gezeichneten Weg zu einer umfassenden Industrialisierung. Aber langsam macht sich Erschöpfung breit. Allzu oft bereits wurde der Ressourcenreichtum des Kontinents verscherbelt, ohne dabei die für Afrika so wichtige und herbeigesehnte Entwicklung zu sichern.

2. Energiearmut in Afrika ist eine Realität und muss mit der gleichen Aufmerksamkeit und Dringlichkeit behandelt werden wie die Energiesicherheit in Europa. Fast die Hälfte aller Menschen in Afrika ist nicht an die Stromversorgung angeschlossen. 80 Prozent der afrikanischen Unternehmen haben regelmäßig mit Unterbrechungen der Stromzufuhr zu kämpfen. Sollten sich die derzeitigen Trends fortsetzen, wird es bis 2030 mehr Menschen ohne Zugang zu Elektrizität geben als heute. Zwischen 2015 und 2030 sind Investitionen in Höhe von 500 Milliarden Dollar erforderlich. Dieses Ziel bleibt jedoch unerreichbar.
3. Das wieder erstarkte Interesse der EU an afrikanischen fossilen Brennstoffen steht im Widerspruch zu ihrer Politik der Beschleunigung des Übergangs zu nachhaltiger Energie. In den Köpfen der afrikanischen Partner entsteht so der Eindruck eines Konflikts, infolgedessen der EU Heuchelei und Doppelmoral vorgeworfen werden. Dies weckt in Afrika zudem Bedenken hinsichtlich des Problems gestrandeter Vermögenswerte, also Vermögen, dessen Marktwert später wertlos wird. Darüber hinaus führen die steigenden Öl- und Gaspreise zu Verzerrungen auf dem Energiemarkt. Es wurde die Befürchtung geäußert, dass diese weitere Anreize für Investitionen in fossile Brennstoffe schaffen könnten und der Weg in eine kohlenstofffreie Zukunft eher verlangsamt als beschleunigt.
4. Mehrere neue EU-Verordnungen, darunter das CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) und die „Farm to Fork“-Initiative in Verbindung mit den bereits bestehenden EU-Subventionen für Landwirte, benachteiligen Afrika. Dies liegt nicht zuletzt an den Auswirkungen auf den privilegierten Zugang afrikanischer Länder zum EU-Markt, der angesichts der Bedeutung der Landwirtschaft für die afrikanischen Volkswirtschaften lebenswichtig ist. Diese Verordnungen werden jedoch zu einer Zeit erlassen, in der Afrika als Partner bei der Suche der EU nach zusätzlichen fossilen Brennstoffen zur Sicherung ihrer Energieversorgung begehrt ist, was den Eindruck einer ungleichen Behandlung der EU-Interessen gegenüber den Interessen Afrikas verstärkt. Darüber hinaus wurde das 150-Milliarden-Euro-Investitionspaket für das Global-Gateway Afrika-Europa (GG) sowohl von europäischen als auch von afrikanischen Interessenvertretern heftig kritisiert, da es an Transparenz und Einbe-

ziehung mangelt und keine Klarheit über die bislang finanzierten oder laufenden Projekte geschaffen wird.

5. Auch wenn Afrikas CO₂-Fußabdruck klein ist, sind die afrikanischen Länder besonders stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Dennoch werden Länder mit niedrigem Einkommen, die höhere Zuschüsse und konzessionäre Kredite benötigen, bei den Verfahren der Europäischen Investitionsbank (EIB) benachteiligt. Ein größerer Anteil der EU-Klimafinanzierung wird in die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) integriert.
6. Die Unterstützung der Ambitionen Afrikas auf eine klimaneutrale industrialisierte Zukunft ist ein strategischer Gewinn für die EU. Angeführt von den USA setzen sich die Bemühungen um eine Abkopplung von China fort. Die Unternehmen suchen zunehmend nach Möglichkeiten, sich im Rahmen von „Friendshoring“ zu engagieren. Afrikas Nähe zu Europa bietet in dieser Hinsicht Chancen. Investitionen in Afrika werden den Klimazielen der EU dienen und die Abkopplung der EU von China in strategischen Industrien fördern. Gleichzeitig wird die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber US-Unternehmen verbessert. Ein stabiles und wohlhabendes Afrika dient den Interessen Afrikas und der EU. Allerdings muss die EU ihren Worten Taten folgen lassen, um die afrikanischen Ambitionen und die Erwartungen an eine echte Partnerschaft zu erfüllen.

Empfehlungen

1. Das Entwicklungsmandat der EU-Afrika-Kooperation im Rahmen von Global Gateway sollte neu definiert werden. Es sollten Listen der Projekte und der zugewiesenen Finanzmittel veröffentlicht, die Transparenz der Governance-Regelungen verbessert und eine gleichberechtigte Beteiligung europäischer und afrikanischer Akteure ermöglicht werden.
2. Es empfiehlt sich, Anreize für Investitionen von EU-Unternehmen in mineralienreichen afrikanischen Ländern zu schaffen, als Teil der Gegenmaßnahmen der EU zu den im Inflation Reduction Act (IRA) enthaltenen grünen Subventionen der USA. Es muss sichergestellt werden, dass Afrika in die Diskussionen über neue Technologien, in frühe Forschungsphasen und in die Festlegung von Standards einbezogen wird. EU-Klimaforschungsfonds wie das 95,5 Milliarden Euro schwere Programm Horizont Europa sollten zur Förderung geeigneter, an die Umwelt- und Entwicklungsprioritäten Afrikas angepasster Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Bereich grüner Technologien eingesetzt werden.

3. Es ist die Entwicklung eines Rahmens für differenzierte Richtlinien und Strategien für den ökologischen Wandel in Afrika nötig. Diese müssen speziell auf die unterschiedlichen Ressourcenausstattungen, Bedürfnisse und Fähigkeiten des Kontinents ausgerichtet sein.
4. Der Anteil von Zuschüssen und konzessionären Krediten muss erhöht und die Kreditvergabepolitik der EIB und der EBWE überprüft werden, um die klimabezogenen Bedürfnisse der einkommensschwachen Länder in Afrika zu unterstützen. Mechanismen zur Mobilisierung von Kapital aus dem Privatsektor für das Management von Natur und Ökosystemen sollten erwogen werden. Es empfiehlt sich eine Finanzierung von Programmen für umweltfreundliche KMU und Arbeitsplätze mit einem Schwerpunkt auf Jugend, Frauen und Mädchen. Erforderlich ist eine Unterstützung der nationalen Klimabeiträge und der Anpassungspläne der afrikanischen Länder.
5. Die Bemühungen der EU sollten durch einen multilateralen Ansatz für die Entwicklung Afrikas ergänzt werden. Zur Umsetzung des ökologischen Wandels, der von den Vereinten Nationen, der Weltbank, dem IWF und anderen multilateralen Institutionen sowie den anderen globalen Partnern Afrikas unterstützt wird, empfiehlt es sich, ein umfangreiches Rahmenwerk unter afrikanischer Führung zu etablieren. Die multilaterale Zusammenarbeit im internationalen Finanzwesen sollte abgestimmt werden, um Risikominderungsinstrumente für Währungs- und Offtaker-Risiken (ausbleibende Zahlungen) zu standardisieren, genauso wie die Nutzung der Kapitalmärkte zur Kanalisierung institutioneller Investitionen zur Unterstützung der Energiewende in Afrika.
6. Empfehlenswert ist die Einrichtung einer multilateralen „Grünen Bank“ aufbauend auf der Bridgetown-Initiative. Das Startkapital hierfür könnte durch den IWF und durch Mitnahmeeffekte bei den Ölgesellschaften generiert werden, um den auf der 27. UN-Klimakonferenz vereinbarten „Loss-and-Damage“-Mechanismus zu unterstützen.
7. Um den Pool an Finanzmitteln zu vergrößern, der den Ländern für Anpassungs- und Resilienzlösungen und den Übergang zu einer Zukunft mit niedrigem CO₂-Ausstoß zur Verfügung steht, empfiehlt sich das Hinwirken auf eine klimarelevante und gerechte globale Steuer auf Flugreisen und Schweröle in der Schifffahrt sowie die Nutzung von Anteilen aus CO₂-Steuern (wie CBAM).

Teil I: Kontext

In dieser Ära zahlreicher Krisen, einer globalen Pandemie, eines Krieges in Europa und den im Hintergrund stets lauernernden Gefahren des Klimawandels wird im Rahmen der Partnerschaft zwischen der Europäischen Union (EU) und Afrika für beide Seiten die Frage der Energieversorgung und des ökologischen Wandels immer dringlicher. Für die EU besteht die Dringlichkeit darin, die Energieversorgung zu sichern und sich von der jahrzehntelangen Abhängigkeit von Russland zu lösen und gleichzeitig den Übergang hin zur Klimaneutralität zu beschleunigen. Diese Dringlichkeit hat langfristige Ziele gegen kurzfristige Notwendigkeiten ausgespielt und in Afrika Besorgnis ausgelöst. Auch Afrika sieht sich in dieser Ära der Spannungen und des Umbruchs mit Dringlichkeit und einer gewissen Verdrossenheit konfrontiert: Dringlichkeit, weil die Energiewende eine Zukunft verspricht, die sich der Kontinent wünscht – einen klar vorgezeichneten Weg zur Industrialisierung und damit zur Schaffung „grüner“ Arbeitsplätze, um die Nachfrage einer wachsenden Zahl von Arbeitskräften zu befriedigen.

Es herrscht der Eindruck, dass dieser Moment genutzt werden muss. Dies setzt jedoch voraus, dass Afrikas Partner, einschließlich der EU, sich sowohl an dieser Vision als auch an den zu ihrer Unterstützung erforderlichen Maßnahmen ausrichten. Das ist der Grund für die Verdrossenheit. Allzu oft hat der afrikanische Ressourcenreichtum nicht zu der Entwicklung geführt, die die Menschen in Afrika brauchen. Afrika ist nach wie vor der am wenigsten entwickelte Kontinent der Welt. Es ist jedoch spürbar, dass Afrika mit größerer Entschlossenheit die für eine bessere Zukunft benötigten Chancen erkennen und ergreifen will. Das Streben nach Energiesicherheit in der EU unterstreicht die Dringlichkeit, auf die anhaltende Energiearmut in Afrika zu reagieren. Die Beziehungen werden auf eine harte Probe gestellt, wenn es darum geht, die beiderseitigen Vorteile für Afrika und Europa unter einen Hut zu bringen. Doch diese neue Phase der Beziehungen und ihre Rahmenbedingungen bergen das Potenzial, die Partnerschaft ausgewogener und gerechter zu gestalten. In dieser zerrissenen geopolitischen Landschaft braucht Afrika alle seine Freunde. Gleiches gilt für die EU.

1. Pandemie, Krieg und eine brüchige geopolitische Landschaft

Als die EU im Juli 2019 zum ersten Mal ihre Idee des Europäischen Grünen Deals (EGD) präsentierte, konnte kaum jemand die sich abzeichnenden Beeinträchtigungen in allen Aspekten des täglichen Lebens vorhersehen.

Das Bestreben der EU, bei der Bewältigung der Klimakrise eine führende Rolle zu spielen, wurde in einer Reihe von Initiativen vorgestellt. Diese reichten von neuen Standards für Energie, Ressourcennutzung und Effizienz über die Entwicklung neuer Technologien bis hin zur Schaffung von Zukunftsmärkten. Zusammen zeichnen sie ein Bild des Übergangs der EU zu einer kohlenstoffarmen, nachhaltigen Zukunft und repräsentieren die Vision der EU für ihre Zukunft und die Qualität der Beziehungen, die sie durch verschiedene Partnerschaften unterstützt. Die politischen Maßnahmen und die Instrumente werden alle Aspekte des wirtschaftlichen Lebens in der EU und das ihrer Bürger durchdringen. Sie werden sich nicht nur auf die Binnenmärkte und die Lebensweise in der EU auswirken. Einige Maßnahmen wie zum Beispiel das CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) werden darüber hinaus auch Auswirkungen auf die Handelspartner der EU haben. In seiner äußeren Dimension definiert der EGD in Bezug auf den ökologischen Wandel und die Energiewende – einer der Pfeiler der 2020 beschlossenen umfassenden EU-Afrika-Partnerschaft – de facto Leitlinien für die Beziehungen Europas mit Afrika.

Etwa drei Jahre später haben sich die Bedingungen für die Umsetzung des Green Deal erheblich verändert. Eine globale Pandemie, die gegen Ende des Jahres 2019 ihren Anfang nahm, gefolgt von einem Krieg in Europa als Folge des russischen Einmarsches in der Ukraine am 24. Februar 2022, haben die Weltwirtschaft in mehrfacher Hinsicht erschüttert. Globale Versorgungswege wurden unterbrochen, die Inflation hat in vielen Ländern ein 40-Jahres-Hoch erreicht und die Energie- und Ernährungssicherheit ist in Gefahr. Die Weltbank (WB) hat festgestellt, dass die drei größten Volkswirtschaften der Welt, die der USA, Chinas und der EU, in dieser von Krisen geprägten Zeit ins Stocken geraten sind.¹ Die Prognosen für die globale Wirtschaftsleistung wurden auf 3,2 Prozent im Jahr 2022 und auf 2,7 Prozent im Jahr 2023 gesenkt.²

In mehreren Teilen der Welt, insbesondere im Globalen Süden, sind die Staatsverschuldung und die zunehmende Armut ein großes Problem. Diese Schuldenproblematik ist wichtig, da sie erhebliche Auswirkungen auf die Bedingungen hat, unter denen der ökologische Wandel stattfinden soll. Vor der Covid-19-Pandemie verzeichneten die meisten afrikanischen Länder Haushaltsdefizite von über drei Prozent.³ Durch die Pandemie und den Krieg in der Ukraine hat sich die Situation weiter verschlechtert. Drei Jahre steigender Verschuldung lassen wenig finanziellen Spielraum und machen es schwierig, konkurrierende Probleme zu priorisieren. Zu diesen zählen die Rückzahlung der Schulden, die weitere Bewältigung der Pandemie sowie die Erfüllung der Klimaverpflichtungen im Zusammenhang mit dem Übereinkommen von Paris und den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs).

Die afrikanischen Länder wurden zwar von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ermutigt, zur Bewältigung der Folgen von COVID-19 Kredite aufzunehmen, sie erhielten jedoch deutlich weniger Unterstützung als nötig oder erwartet. Instrumente wie das Schuldenermoratorium („Debt Service Suspension Initiative“, DSSI) erreichten nicht das erforderliche Ausmaß. Eine Gruppe von 69 Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, viele davon in Afrika, hat „dieses Jahr 62 Milliarden Dollar für öffentliche Schulden gezahlt, was einem Anstieg von 35 % gegenüber 2021 entspricht“.⁴ Ihre gemeinsamen Schulden sind von 767 Milliarden Dollar im Jahr 2019 auf 948 Milliarden Dollar im Jahr 2021 gestiegen.⁵ Wichtige Ressourcen werden von essenziellen Ausgaben für Gesundheit, Bildung, sauberes Wasser, Wohnraum und sozialen Schutz abgezogen. Dies birgt zusätzliche Risiken für gefährdete Bevölkerungsgruppen.⁶ Im Herbst 2022 schätzte die Weltbank, dass fast 60 Prozent der einkommensschwachen Länder „ein hohes Risiko laufen, in eine Verschuldungsnotlage zu geraten oder bereits davon betroffen sind“.⁷

Die Menschen in Afrika betrachten den Krieg in der Ukraine, für den sie einen unverhältnismäßig hohen Preis zahlen, als nicht in ihrem Interesse. Er folgt direkt auf die Pandemie, bei der die weithin erwartete Führung und Unterstützung durch reiche, westliche Länder ausblieb. Stattdessen kam die frühe Unterstützung in Form von lebenswichtigen medizinischen Gütern und Impfstoffen aus China, Indien und Russland. Die europäischen Bemühungen, zum Beispiel im Zusammenhang mit der COVAX-Initiative, erfolgten zu spät. Die Unterbrechungen der globalen Wertschöpfungsketten haben sich während des Krieges nur weiter verschärft und wurden durch die westlichen Sanktionen gegen Russland noch verschlimmert. Die EU, die USA und die westlichen Verbündeten hat der Krieg in der Ukraine in ihrer wertebasierten Allianz gegen einen gemeinsamen Feind zusammengeschweißt und dieser neues Leben eingehaucht. Die übrige Welt, einschließlich der Mehrheit der Länder Afrikas, Lateinamerikas, Asiens und des Nahen Ostens, sah jedoch in großen Teilen davon ab, Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Sie müssen in einem Konflikt Entscheidungen treffen, an dem sie nicht beteiligt sind und entscheiden sich für Neutralität. Sogar die G20 sind in dieser Angelegenheit gleichmäßig gespalten, entlang eines Nord-Süd-Gefälles.⁸

Die Entscheidung, sich nicht auf eine Seite zu stellen, ist auch strategischer Natur. Während der Anteil der EU und der USA am weltweiten Wohlstand und an der Wirtschaftsleistung weiter sinkt,⁹ wächst der Anteil der übrigen Welt weiter an, einschließlich der asiatischen Giganten China und Indien und regionaler Akteure wie Brasilien, Indonesien, der Türkei, Südafrika und andere. Diese Länder verwandeln ihren wirtschaftlichen Reichtum in

politische Macht auf der Weltbühne und bieten den Ländern des globalen Südens eine größere Auswahl an Möglichkeiten.¹⁰ Letztere konzentrieren sich darauf, bilaterale und multilaterale Beziehungen so auszubalancieren und zu gestalten, dass sie ihren eigenen Interessen dienen. „Um sich abzusichern und ihre Interessen zu schützen, vertiefen sie ihre Allianzen in eindeutig nicht-westlichen multilateralen Gruppierungen wie der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) und den BRICS, die ursprünglich aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika bestanden, jetzt aber in einer BRICS+-Konfiguration erweitert wurden.“¹¹

Die Welt wird in zwei Blöcke geteilt, was durch die Auswirkungen des Krieges und der Sanktionsregelungen gegen Russland noch verstärkt wird. In diesem Prozess wird die Globalisierung, jahrzehntelang der Eckpfeiler für globalen Wohlstand und Stabilität, zurückgedrängt, da „De-SWIFTing“ und „Friendshoring“ immer mehr Teil der neuen Realität sind. Die EU-Afrika-Partnerschaft ist nicht von der aktuellen Geopolitik isoliert. Die zerrissenen, uneinigen Beziehungen zwischen dem Westen und einem Großteil der übrigen Welt sowie die stagnierende Entwicklung des Kontinents haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Afrika seine Interessen in den Gesprächen mit der EU über den ökologischen Wandel deutlicher zum Ausdruck bringt.

2. Herausforderungen für Afrika: Agenda 2063 und Pariser Abkommen

Es besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass als Reaktion auf die Klimakrise Anpassungs-, Resilienz- und Eindämmungsmaßnahmen erwogen werden müssen, und zwar gleichzeitig mit der Planung des ökologischen Wandels und einer de-karbonisierten oder kohlenstoffarmen zukünftigen Welt. Dies erfordert einen gesamtwirtschaftlichen Ansatz, der wirtschaftliche Aktivitäten, die Entwicklung der Infrastruktur, die Nutzung von Land und Rohstoffen, die biologische Vielfalt und Ökosysteme sowie den Übergang zu einem energieeffizienten und resilienten städtischen Umfeld umfasst.

Dieser Ansatz steht im Einklang mit dem des EGD der EU. Für Afrika ist dies eine Gelegenheit, sein Entwicklungsparadigma neu zu gestalten: weg vom derzeitigen Status quo der starken Abhängigkeit von der Ressourcennutzung und -gewinnung hin zu einem Paradigma, das auf den Grundsätzen der generationsübergreifenden Nachhaltigkeit sowie auf den Idealen von Gleichheit, Gerechtigkeit und Einbeziehung beruht. Dies erfordert, dass Initiativen zur Unterstützung der zukünftigen Entwicklung Afrikas auf die Prioritäten des Kontinents abgestimmt werden. Es bedeutet auch, dass

sich die Qualität der Beziehungen zwischen Afrika und seinen Partnern, einschließlich der EU, ändern muss. Sie sollten sich nicht länger auf reine Rohstoffindustrien konzentrieren, sondern ihren Fokus auf solche Bereiche legen, in denen ein Mehrwert geschaffen wird. Bei der Vorbereitung auf diese neue Ära der Industrialisierung wird Afrika proaktiv agieren müssen, um mit seinen Partnern zu verhandeln und so seine Interessen zu sichern.

2.1 Die Problemstellung für Afrika

Afrika ist eine der Regionen der Welt, die durch die Auswirkungen des Klimawandels am stärksten gefährdet sind. Dies liegt an den „biophysikalischen Merkmalen des Kontinents und den vielfältigen Ökosystemen, Landschaften und Wettersystemen“. Diese werden durch eine Reihe von sozioökonomischen Merkmalen ergänzt, welche die Anfälligkeit des Kontinents noch verschärfen.¹² Mit mehr als 17 Prozent der Weltbevölkerung liegt der Beitrag Afrikas zu den Treibhausgasemissionen bei weniger als 4 Prozent. Der kenianische Präsident stellte in seiner Eigenschaft als Koordinator des Ausschusses der afrikanischen Staats- und Regierungschefs zum Klimawandel (CAHOSCC) fest: „Afrikas besondere Bedürfnisse und Umstände müssen anerkannt werden und als Grundlage für die Klimahilfe für unsere Region dienen. Wir brauchen eine deutliche Aufstockung der Klimafinanzierung, und diese Finanzmittel müssen leichter zugänglich sein. Wir müssen uns stärker auf die Anpassung konzentrieren, und diese Anpassung muss finanziert werden.“¹³ Die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB) hat prognostiziert, dass Afrika bis zum Jahr 2030 Investitionen in Höhe von drei Billionen Dollar benötigt, um die in den Nationalen Klimabeiträgen (NDCs) des Kontinents festgelegten Klimaschutz- und Anpassungsziele zu erreichen.¹⁴

Der UN-Bericht über den Zustand des Klimas in Afrika (2019) schätzt, dass der Klimawandel den Kontinent bis 2030 jedes Jahr 40 Milliarden US-Dollar kosten wird.¹⁵ Die durch den Klimawandel verursachte Sterblichkeitsrate „ist 60 bis 80 Prozent höher als in der nächstgefährdeten Region (Südostasien), was auf die bestehende Anfälligkeit und die geschwächte Fähigkeit Afrikas zurückzuführen ist, sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen“.¹⁶ Der Kontinent leidet zudem unter den Auswirkungen seiner starken Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen, einer großen Abhängigkeit von der auf Regen angewiesenen Landwirtschaft, weit verbreiteter Armut und Ungleichheit, einem hohen Maß an Aktivitäten im informellen Sektor, einem Mangel an alternativen Lebensgrundlagen, einem niedrigen Bildungs- und Qualifikationsniveau, einem unzureichenden Zugang zur medizinischen Grundversorgung sowie einem ungleichen Zugang zu Krediten und finanziellen Ressourcen.¹⁷ 65 Prozent der Bevölke-

rung sind bei der Nahrungsmittelproduktion von der Subsistenzwirtschaft abhängig. Auf Afrika werden vom prognostizierten Anstieg der Unterernährung weltweit 54 Prozent entfallen.¹⁸ Darüber hinaus wächst Afrikas Bevölkerung. Bis 2050 werden auf dem Kontinent 25 Prozent der Weltbevölkerung leben. Die Produktivität in der Landwirtschaft wird zur Deckung des Nahrungsmittelbedarfs der Bevölkerung im Jahr 2050 um 50 Prozent steigen müssen.¹⁹

Im Strategie- und Aktionsplan für Klimawandel und widerstandsfähige Entwicklung (2022-2032) (CCRDS) der Afrikanischen Union (AU) werden ein nachhaltiger inländischer Energieverbrauch und die Erzeugung erneuerbarer Energien als Schlüssel zu einer emissionsarmen und klimaresistenten Zukunft genannt. Während der Zugang zu einer zuverlässigen und angemessenen Versorgung mit Elektrizität für die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung des sozialen Wohlergehens von entscheidender Bedeutung ist, „hat fast die Hälfte aller Afrikaner in ihren Häusern keinen Zugang zu Elektrizität und 80 Prozent der afrikanischen Unternehmen haben regelmäßig mit Unterbrechungen der Stromversorgung zu kämpfen. Außerhalb Südafrikas muss die gesamte Energieerzeugung zur Deckung des Bedarfs bis 2030 mehr als verdreifacht werden“.²⁰ Obwohl erneuerbare Energiequellen für die Deckung der Nachfrage von entscheidender Bedeutung sind und der Kontinent über eine Fülle von eben diesen verfügt, tragen Wind, Sonne, Biomasse und Erdwärme nur ein Prozent zur Versorgung bei. Die Wasserkraft trägt 22 Prozent zur Versorgung in Subsahara-Afrika bei. In diesem Sektor gibt es noch Ausbaumöglichkeiten, für die zwischen 2015 und 2030 Investitionen in Höhe von 500 Milliarden Dollar erforderlich sind.²¹ Biomasse, vor allem Holzkohle und Holz, ist auf dem gesamten Kontinent die Hauptquelle für die häusliche Energieversorgung. Dies verstärkt die Auswirkungen der Umweltzerstörung und gefährdet die Gesundheit, insbesondere in ländlichen Gebieten.

Der CCRDS der AU ist auf mehrere globale Rahmenwerke abgestimmt, darunter die Agenda 2030 der Vereinten Nationen, das Sendai-Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge und die Biodiversitätskonvention der UN. Er ist auch auf kontinentale Rahmenwerke abgestimmt, darunter die afrikanische Agenda 2063 und Protokolle wie das Afrikanische Landwirtschaftsentwicklungsprogramm, das Programm zur Entwicklung der Infrastruktur, die Strategie für Wissenschaft, Technologie und Innovation für Afrika, die Afrikanisch-Kontinentale Freihandelszone (AFCFTA), die Initiative zur Beschleunigung der industriellen Entwicklung in Afrika (AIDA), der Green Recovery Action Plan der AU und andere.²² Der CCRDS baut zudem auf Initiativen auf, die in mehreren regionalen Plänen enthalten sind. Dabei unterstreicht er die Notwendigkeit einer regionalen Zusammenarbeit und

effektiverer internationaler Partnerschaften. Er ist ein integraler Pfeiler zur Unterstützung der Vision des Kontinents für ein „integriertes, wohlhabendes und friedliches Afrika, das von seinen eigenen Bürgern angetrieben wird und eine dynamische Kraft auf der internationalen Bühne darstellt“, verankert im Herzen der Agenda 2063 des Kontinents.²³

Von großer Bedeutung ist der im CCRDS verankerte Fokus auf die Prinzipien der Klimagerechtigkeit, die von Afrika geschaffenen und in afrikanischem Besitz befindlichen Innovationen, die sozialen und kulturellen Werte, die Nutzung natürlicher Ressourcen, die Freisetzung des Potenzials erneuerbarer Energien und die Schaffung transformativer industrieller Wege in einem auf den Menschen ausgerichteten Ansatz, „der inklusiv ist, die Schwächsten an die Hand nimmt und ihnen einen gleichberechtigten Zugang zu den Möglichkeiten einer umweltfreundlichen Wirtschaft bietet“.²⁴ Der im Juli 2021 ins Leben gerufene „Green Recovery Plan“ der AU ist ebenfalls Teil des politischen Rahmens und soll den Übergang des Kontinents zu einer grünen Volkswirtschaft steuern. Er konzentriert sich auf die Notwendigkeit, die Klimafinanzierung zu erhöhen, um die Energiewende, nachhaltige Ansätze für die Biodiversität, die Bewirtschaftung von Land, Wäldern und Ozeanen, eine widerstandsfähige Landwirtschaft sowie grüne und widerstandsfähige Städte zu unterstützen.

2.2 Das Erreichen von SDG 7

Die Bewältigung der Klimakrise, der Übergang zu einer kohlenstoffarmen Zukunft, das Erreichen der SDG7-Ziele²⁵ und die Überwindung der Energiearmut, mit der die meisten Menschen in Afrika konfrontiert sind, erfordern, dass diese neue Ära der Industrialisierung in vollem Umfang genutzt wird. Auf diese Weise können die Prioritäten des Kontinents in Bezug auf die Entwicklung neuer Industrien, den Aufbau neuer Fähigkeiten und Arbeitsplätze sowie den Zugang zu geeigneten Technologien unterstützt werden. Trotz seines großen natürlichen Reichtums haben die Ressourcen Afrikas nicht zu einem Entwicklungsniveau beigetragen, das den afrikanischen Bestrebungen, auch nach Wohlergehen, entspricht. Große Teile des Kontinents sind nach wie vor wenig entwickelt. Viele afrikanische Kinder sind unterernährt. Im Jahr 2020 litten 58,5 Millionen an Wachstumsstörungen.²⁶ Afrika bleibt die einzige Region der Welt, in der die Armut zunimmt. Der Kontinent muss bestimmte Maßnahmen ergreifen um sicherzustellen, dass der ökologische Wandel und die Energiewende den Menschen in Afrika zugutekommen.²⁷ Einige dieser im Folgenden vorgestellten Maßnahmen sind eher eine Aussage darüber, was Afrika für sich selbst tun muss. Sie werden jedoch hier angesprochen, da sie zusätzliche Möglichkeiten für technische und andere Initiativen der EU zur Unterstützung der afrikanischen

schen Bemühungen bieten und die eher inhaltlichen Ausführungen in Teil IV dieses Berichts ergänzen.

Umgang mit variablen Effekten

Die grüne Energiewende wird sich über den Kontinent hinweg unterschiedlich auswirken. Dieses Thema wird in den nachfolgenden Abschnitten dieses Berichts ausführlicher behandelt. Die Bewältigung einer Reihe regionaler spezifischer Auswirkungen sollte im Mittelpunkt eines panafrikanischen Plans stehen, der sich an den afrikanischen Grundsätzen der Energiegerechtigkeit, Gleichheit und Einbeziehung orientiert. Nordafrikanische Länder und andere Länder, die von fossilen Brennstoffen abhängig und die reich an kritischen Rohstoffen sind, oder in denen die Energiearmut am stärksten ausgeprägt ist, werden alle unterschiedliche Instrumente, Maßnahmen und Plattformen benötigen, um den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Zukunft zu bewältigen und deren Vorteile zu nutzen.

Konzeptentwurf für die Energiewende

Obwohl regionale Gemeinschaften wie die ECOWAS beispielsweise den Aufbau regionaler Blöcke und interner Märkte erfolgreich unterstützt haben, müssen die afrikaweiten Bestrebungen, die in der African Mining Vision, dem Comprehensive African Development Programme on Agro-Ecological Threats, der Pan-African Agenda on Ecosystem Restoration for Increased Resilience, der Agenda 2063 und anderen zuvor identifizierten kontinentalen und regionalen Initiativen festgehalten sind, mit Afrikas Plänen zur Bewältigung des ökologischen Wandels und der Energiewende in Einklang gebracht werden, um einen „gesamtwirtschaftlichen“ Ansatz sicherzustellen.²⁸ Sektorspezifische Strategien in den Bereichen Landwirtschaft, Bergbau, Biodiversität und Kreislaufwirtschaft müssen ebenfalls überprüft werden.²⁹ Eine Aktualisierung der Erhebungen über kritische Rohstoffe (CRM) und andere strategische Mineralien und Erze ist ebenfalls erforderlich, um so Bereiche für ausländische Direktinvestitionen (ADI) zu identifizieren.³⁰

Regulatorische Struktur für CRM und erneuerbare Energien

Überall auf dem Kontinent werden geeignete Gesetze für neue, energieeffiziente Industrien benötigt. Als zu überprüfender Bereich wurde die Überarbeitung der Gesetze, Verordnungen und Strategien mit lokalem Inhalt ausgemacht, um den Besonderheiten von CRM und dem Übergang zu kohlenstoffarmen Industrien Rechnung zu tragen.³¹ Zur Sicherstellung der Anwendung der besten Vorgehensweisen müssen zudem die verschiedenen

Systeme des internationalen Vertragsrechts überprüft werden. So können ausländische und einheimische Investoren Vertrauen fassen und afrikanische Interessen bleiben gewahrt.

Engagement im Privatsektor

Dies ist eine Gelegenheit für den afrikanischen Kontinent, vorhandene Arbeitskräfte zu sondieren, um die Kompetenzen und den Arbeitskräftebedarf zu ermitteln, die für die Unterstützung neuer grüner Industrien erforderlich sind. Die Zusammenarbeit zwischen afrikanischen und EU-Unternehmensgruppen im privaten Sektor wäre in dieser Hinsicht nützlich. Der Dialog zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor über die erforderlichen Investitionen und neuen Finanzierungsinstrumente kann von der Afrikanischen Entwicklungsbank und der Afrikanischen Import-Export-Bank mit den Konsortien des privaten Sektors koordiniert werden, um deren Beitrag zur Gestaltung und Förderung neuer politischer Instrumente und Finanzierungsplattformen sicherzustellen.

Einbindung afrikanischer Bürger und Unternehmen

Berichten zufolge „liegt die durchschnittliche nationale Klimakompetenzrate in Afrika bei nur 39 Prozent, mit großen Unterschieden innerhalb und zwischen den Ländern.“³² Dies gilt als ein Hindernis für die Nutzung des Potenzials der grünen Wende zum Vorteil der Afrikaner und für die Entwicklung finanzierbarer Projekte. Afrikanische Denkfabriken, Universitäten und Handelskammern, Nichtregierungsorganisationen und die Zivilgesellschaft spielen alle eine wichtige Rolle im Diskurs über den Übergangsprozess. Sie müssen sicherstellen, dass dieser Prozess stets den afrikanischen Werten, Normen und Traditionen entspricht, dass die Art der Beziehung zu externen Partnerschaften berücksichtigt wird und dass die Afrikaner von diesem Prozess profitieren.

Teil II: EU-Afrika: Ökologischer Wandel und energiepolitischer Rahmen

1. Der politische Rahmen für den ökologischen Wandel

Die Wahrnehmung der Ungleichheit in den asymmetrischen Machtverhältnissen innerhalb der EU-Afrika-Partnerschaft bleibt bestehen.³³ Der EU wird von Zeit zu Zeit vorgeworfen, sie ver falle in eine „Macht-hat-Recht“-Mentalität und lege einen Mangel an politischem Ehrgeiz an den Tag, wenn es darum geht, Afrikas Wunsch nach größeren Kompetenzen in der Fertigung und Industrie zu unterstützen.³⁴ Der Übergang zu einer umweltfreundlichen Wirtschaft bietet jedoch die Gelegenheit, die Beziehungen neu zu gestalten und sie auf eine gleichberechtigte Basis zu stellen, die den Prioritäten beider Partner gerecht wird. Die EU benötigt zur Unterstützung ihrer grünen Wende Zugang zu den reichhaltigen Ressourcen Afrikas, ihres nächsten kontinentalen Nachbarn – ein Faktor, der angesichts der derzeitigen Unterbrechungen der Lieferketten von besonderer Bedeutung ist. Afrika braucht Kapitalinvestitionen, um das Potenzial seines Rohstoffreichtums zu erschließen, seine Zukunft zu sichern und den wirtschaftlichen Strukturwandel des Kontinents voranzutreiben. Eine neue Ära der Industrialisierung hin zu Industrien mit geringen CO₂-Emissionen bietet eine solide Chance auf Gewinne für beide Seiten. Die Pläne für die Zukunft müssen jedoch sorgfältig ausgearbeitet, gemeinsam vereinbart, gerecht und fair sein.

Darüber hinaus wird die Beziehung zwischen der EU und Afrika durch verschiedene Rahmenwerke definiert. Zum einen durch die AU-EU-Strategie, die die afrikanischen Länder südlich der Sahara einbezieht. Zum anderen durch die Beziehungen der EU zu den überwiegend arabischen Ländern Nordafrikas mit der Strategie für den Nahen Osten und Nordafrika (Middle East and North Africa [MENA]). Die Beziehungen zwischen der EU und Afrika werden auch durch den Team-Europe-Ansatz zum Ausdruck gebracht. Dieser umfasst die EU und ihre Mitgliedsstaaten, einschließlich ihrer Entwicklungsbanken und Umsetzungsorgane, sowie die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). Für alle afrikanischen Länder ist die Partnerschaft wichtig, auch wenn die Beziehungen zur EU und ihren Mitgliedsstaaten nicht von der aktuellen geopolitischen Lage und den Spannungen in einer der konfliktreichsten Phasen seit dem Ende des Kalten Krieges isoliert werden können. Ein übergeordnetes Anliegen der Länder, ob in Nord- oder Subsa-

hara-Afrika, ist es jedoch, bei der Verfolgung regionaler oder bilateraler Interessen im Rahmen der Partnerschaft „nicht miteinander zu konkurrieren und die afrikanischen Interessen nicht zu untergraben“.³⁵

1.1 Partnerschaft zwischen AU und EU

Sowohl die Umfassende Strategie der EU mit Afrika (2020) mit ihrer Säule „Die Grüne Wende und der Zugang zu Energie“ als auch die Gemeinsame Vision für 2030, die von den Staats- und Regierungschefs am 17. und 18. Februar 2022 auf dem sechsten Gipfeltreffen zwischen der EU und der Afrikanischen Union (AU) formuliert wurde, definierten Klima- und Umweltfragen als Schlüsselemente ihrer Zusammenarbeit. Während des Gipfels kündigten die Staats- und Regierungschefs das „Global Gateway“ (GG) ein 150 Milliarden Euro schweres, afrikanisch-europäisches Investitionspaket zur Unterstützung von Energiewende und ökologischem Wandel sowie ein gemeinsames Ziel für 2030 und die AU-Agenda 2063 an.

Die Ziele der Partnerschaft sind „Solidarität, Sicherheit, Frieden und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand für die Bürger der beiden Unionen, heute und in Zukunft.“³⁶ Die gemeinsame Vision zielt darüber hinaus auf die Förderung gemeinsamer Prioritäten und die Beseitigung von Ungleichheiten ab. Elemente der Agenda, die die Auswirkungen des Klimawandels, die grüne Wende und nachhaltige Gemeinschaften miteinander verbinden, wurden auf dem zweiten Treffen der Afrika-EU-Energiepartnerschaft (AEEP) am 7. September 2022 weiter ausgearbeitet, um das „grüne Gateway zwischen Afrika und Europa“ vor der COP27 voranzubringen.³⁷

Am 14. Oktober 2022 vereinbarten die EU und die USA die Verstärkung ihrer Zusammenarbeit zur Förderung der nachhaltigen Energieversorgung in Subsahara-Afrika. Zu diesem Zweck versprachen sie, „das reichhaltige Potenzial des Kontinents an erneuerbaren Energien besser auszuschöpfen und den lokalen Zugang zu erschwinglicher grüner Energie zu verbessern“.³⁸ Die Zusammenarbeit sieht die Unterstützung von Projekten wie dem African Continental Power System Masterplan und einer Reihe von Vorzeigeprojekten vor, um so öffentliche Ressourcen zu mobilisieren und Investitionen des Privatsektors zu fördern. Klima- und Energiefragen sowie der Aufbau widerstandsfähigerer Gemeinschaften werden zunehmend gemeinsam und untrennbar betrachtet.

Die Afrika-Europa-Allianz für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze gilt als Schlüssel zur Unterstützung von Afrikas Fortschritt hin zu einer grünen und kreislauforientierten Wirtschaft. Weitere Schwerpunkte sind die Schließung der Lücke beim Zugang zur Energieversorgung in Afrika und

die NaturAfrica-Initiative zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in grünen Sektoren. Viele afrikanische Länder haben Strategien für nachhaltiges Wachstum verabschiedet. Schritte zur Schaffung grüner Arbeitsplätze³⁹ werden derzeit vor allem in den ost- und südostafrikanischen Ländern unternommen, insbesondere in Malawi, Kenia, Mauritius, Südafrika, Tansania, Uganda, Sambia und Simbabwe. Es sind jedoch noch weitere Anstrengungen erforderlich, um die Aktivitäten auf den gesamten Kontinent auszuweiten.⁴⁰

1.2 MENA-EU-Rahmenwerk

Die Zusammenarbeit der EU mit den nordafrikanischen Ländern erfolgt über das MENA-Rahmenwerk sowie über die Plattform der südlichen Nachbarschaft im Rahmen der Union für den Mittelmeerraum (UfM). Die nordafrikanischen Länder Ägypten, Algerien, Tunesien und Marokko, die über eine Vielzahl von Energieressourcen verfügen, sehen sich selbst als Vermittler in den Beziehungen zwischen Afrika und der EU. Marokko zum Beispiel hat auf dem Höhepunkt der COVID-19-Pandemie erheblich in den Ausbau der Hafen- und der unterstützenden Infrastruktur investiert, um seinen Status als „Tor“ nach Afrika zu stärken. Die 2008 ins Leben gerufene UfM umfasst die nördlichen, östlichen und südlichen Regionen des Mittelmeers. Sie fördert die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration und umfasst die EU-27 sowie fünfzehn Länder (darunter die bereits erwähnten afrikanischen Länder). Ziel ist die Schaffung eines integrierten Energiemarkts im Mittelmeerraum, der sich auf regionale Energieplattformen für Erdgas, Strommärkte, erneuerbare Energien und Energieeffizienz stützt.⁴¹

Der MENA Europe Future Energy Dialogue, der im Juni 2022 stattfand, ergänzt die Initiativen zur Energiezusammenarbeit im Mittelmeerraum um eine weitere Ebene. Hierbei handelt es sich um eine gemeinsame Initiative des jordanischen Energieministeriums und des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Ihr Ziel ist es, die energiepolitische Zusammenarbeit zwischen dem gesamten Mittelmeerraum, dem Nahen Osten und Europa durch das Zusammenbringen hochrangiger Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und anderen Interessengruppen zu vertiefen.⁴²

Der Krieg in der Ukraine wird von den nordafrikanischen Ländern als „einmalige Gelegenheit für nordafrikanisches Öl und Gas, einzuspringen“ gesehen sowie als wertvolles Instrument zur langfristigen Verbesserung der bilateralen Zusammenarbeit.⁴³ Am 18. Oktober 2022, im Vorfeld der 27. UN-Klimakonferenz, unterzeichneten Marokko und die EU ein Abkommen über eine „grüne Partnerschaft“ im Wert von 115 Millionen Euro. Sie soll die Zusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien stärken und

die Land- und Forstwirtschaft des Landes unterstützen.⁴⁴ Im Einklang mit dem REPowerEU-Plan unterzeichneten Israel, Ägypten und die EU eine trilaterale Absichtserklärung zur Steigerung der Erdgasexporte über die ägyptische Erdgasinfrastruktur in die EU. Italien unterzeichnete kürzlich neue Gasverträge mit Ägypten über die Steigerung von LNG-Lieferungen (verbunden mit mehreren Besuchen in Angola und der Republik Kongo).

Angesichts der unterschiedlichen Zeithorizonte im Vergleich zu Europas eigenen Netto-Null-Zielen bezweifeln die afrikanischen Länder die Langfristigkeit des Wunsches der EU-Mitgliedsstaaten nach einer Erhöhung der Lieferungen. Als Gegenleistung für die Verstärkung der Lieferungen in dieser Zeit der Not in Europa, die sie als optimalen Zeitraum für die Sicherung ihrer Interessen ansehen, versuchen sie, sich eine „verstärkte Finanzierung von erneuerbaren Energien und Wasserstoff, die Entwicklung kohlenstoffarmer Versorgungsketten in der Region und neue Energieinfrastrukturpartnerschaften“ zu sichern.⁴⁵ Algerien hat beispielsweise kürzlich 15 Abkommen und Absichtserklärungen mit Italien unterzeichnet, um die Energiewende, die industrielle und technologische Zusammenarbeit, die Energieinfrastruktur, Start-ups sowie die Pharmaindustrie zu unterstützen.⁴⁶ Algerien ist der drittgrößte Erdgaslieferant der EU, und die EU ist der größte Absatzmarkt des Landes.

Diese Region ist für die EU angesichts der geopolitischen Verstrickungen im weiteren Umfeld und der anhaltenden Streitigkeiten zwischen den nordafrikanischen Nachbarn über die Westsahara, darunter zwischen Marokko und Algerien, sowie der anhaltenden spanisch-marokkanischen Spannungen nicht ohne Risiken. Die illegale Migration ist nach wie vor ein Brennpunkt in den Beziehungen zwischen der EU und Afrika rund um das südliche Mittelmeer, der sich in letzter Zeit durch die Wahrnehmung von Unterschieden bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine verschärft hat. Für den anhaltenden Krieg in der Ukraine zahlen Afrika und andere Entwicklungsländer auch in dieser Beziehung einen hohen Preis.

2. Der europäische grüne Deal

Mit dem Europäischen Grünen Deal (EGD) wird die Reaktion der EU auf die Auswirkungen des Klimawandels und seine verschiedenen Herausforderungen neu kalibriert.⁴⁷ Als globaler Vorreiter und Standardsetzer im Bereich der Klimapolitik hat sich die EU verpflichtet, eine stärkere „Diplomatie des Grünen Deals“ zu entwickeln, die darauf fokussiert ist, „andere zu überzeugen, ihren Teil zur Förderung einer nachhaltigeren Entwicklung beizutragen und sie dabei zu unterstützen. [Indem die EU] ein glaubwürdiges Beispiel setzt und eine entsprechende Diplomatie, Handelspolitik,

Entwicklungshilfe und sonstige außenpolitische Strategie verfolgt, kann sie sich wirksamer für ein globales Vorgehen einsetzen.“⁴⁸

Beim EGD handelt es sich um eine neue Wachstumsstrategie mit dem übergeordneten Ziel, dass bis 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und dass bis dahin das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist. Er soll die EU-Wirtschaft auf einen nachhaltigeren Weg bringen. Außerdem soll das Naturkapital der EU bewahrt und die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen geschützt werden. Es wurden Verpflichtungen eingegangen, um sicherzustellen, dass kein Bürger zurückgelassen wird, dass das Risiko der „Energiearmut“ angemessen angegangen und das Gebot: „Do No Harm“ umgesetzt wird.⁴⁹ Das Niveau der Ambitionen ist hoch und die Ziele sind lobenswert.

Die EU erkennt an, dass „die Herausforderungen komplex und miteinander verknüpft sind“.⁵⁰ Die EGD umfasst eine Reihe von klimapolitischen Instrumenten, darunter das Emissionshandelssystem (ETS) sowie Regelungen zur Landnutzung, zu Landnutzungsänderungen und zur Forstwirtschaft, um eine wirksame CO₂-Bepreisung in der gesamten EU-Wirtschaft zu gewährleisten. Auch die Energiebesteuerungsrichtlinie des Blocks wird betroffen sein, um die Kohärenz mit den Zielen des Klimawandels sicherzustellen. Am 14. Juli 2021 verabschiedete die Europäische Kommission (EK) Zwischenvorschläge, um die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Diese Ziele sind im EU-Paket „Fit for 55“ enthalten und erfordern zur Erreichung der Klimaziele für 2030 schätzungsweise 260 Milliarden Euro an zusätzlichen Finanzmitteln. Dies entspricht 1,5 Prozent des BIP der EU von 2018.⁵¹

Der EGD konzentriert sich zudem auf die Energieeffizienz und eine Verdopplung der Bemühungen um erneuerbare Energien angesichts der Tatsache, dass „75 % der Treibhausgasemissionen der EU durch die Erzeugung und den Verbrauch von Energie in allen Wirtschaftszweigen entstehen.“⁵² Der Übergang zu sauberer Energie und andere Initiativen im Rahmen des EGD haben nicht nur Auswirkungen auf die Unternehmen, Wirtschaftszweige und Bürger der EU, sondern auch auf diejenigen, die mit der EU Geschäfte tätigen, einschließlich afrikanischer Länder. In dem Bemühen, das Potenzial für die Verlagerung von CO₂-Emissionen zu verringern und sicherzustellen, dass EU-Firmen effektiv konkurrieren können und nicht dazu ermutigt werden, ihren Standort in Länder mit geringeren Ambitionen zu verlagern, hat die EU das CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) eingerichtet. Dieses mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) in Einklang zu bringen, könnte sich als problematisch erweisen.

3. Der grüne Deal: Herausforderungen und Risiken für Afrika

Die Auswirkungen des EGD auf Afrika sind gemischt. Es wird Gewinner und Verlierer geben. Die sinkende Nachfrage nach fossilen Brennstoffen wird direkte Auswirkungen auf die Energieriesen sowohl in Nordafrika als auch in Subsahara-Afrika haben, darunter Angola, Nigeria, Libyen, Ägypten, die Republik Kongo, Gabun und Ghana. Dies gilt vor allem im Zusammenhang mit den sinkenden Preisen und insbesondere für die Zeit nach 2030. Der Kontinent sieht sich bereits mit einem Rückgang der Investitionen in fossile Brennstoffe durch private und öffentliche Investoren sowie durch Entwicklungsorganisationen konfrontiert.⁵³ Andererseits bietet der Übergang zu saubereren Energieformen Chancen für andere afrikanische Länder wie Marokko, Südafrika, die Demokratische Republik Kongo (DRC), Guinea, Sambia, Simbabwe und auch Ghana. Diese Länder verfügen über reiche Vorkommen an Nickel, Kobalt, Magnesium, Graphit, Lithium und anderen Mineralien und seltenen Erden, die zur Unterstützung der langfristigen Energiewende in Afrika, der EU und anderswo benötigt werden.⁵⁴

Die Nachfrage nach CRM, ausgerichtet auf eine kohlenstoffarme Zukunft, wird bis 2030 deutlich zunehmen. Es besteht darüber hinaus der Eindruck, dass diese Ära des „Friendshoring“ und des „Local for Local“ eine Chance für Afrika als Nachbarkontinent der EU darstellt, einige asiatische Lieferketten zu ersetzen. Die europäische Nachfrage nach de-karbonisiertem Gas bedeutet kurz- bis mittelfristig auch einen Glücksfall für afrikanische Produzenten, da die herausragende Stellung des Kontinents bei der Gasproduktion mit durchschnittlichen Wachstumsraten von 5,6 Prozent jährlich Afrika bis 2025 zu einem bedeutenden globalen Lieferanten machen dürfte.⁵⁵ Die steigende Nachfrage nach grünem Wasserstoff hat bereits zu Partnerschaften zwischen der EU und Afrika geführt, durch die im Rahmen der Allianz für sauberen Wasserstoff das Ziel erreicht werden soll, bis zum Jahr 2030 40 Gigawatt Wasserstoff aus Nicht-EU-Ländern zu produzieren.⁵⁶

Die Absichtserklärung zwischen der EU und Namibia, die auf der 27. UN-Klimakonferenz im Jahr 2022 unterzeichnet wurde, ist ein Beispiel für die möglichen strategischen Partnerschaften, um „die Entwicklung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit Rohstoffen, veredelten Materialien und erneuerbarem Wasserstoff sicherzustellen, um den ökologischen und den digitalen Wandel der Volkswirtschaften beider Partner zu unterstützen“. Dies birgt das Potenzial, Vorteile für beide Seiten zu schaffen.⁵⁷ Es wird prognostiziert, dass die europäischen Direktinvestitionen in grünen Wasserstoff aus Afrika bis 2030 75,6 Milliarden Euro erreichen könnten.⁵⁸

Es gibt jedoch Bedenken dahingehend, dass die neuen grünen Wachstumsindustrien einen weiteren Anlass bieten, Afrikas Abhängigkeit von ausländischer Technologie zu erhöhen und die Verlagerung von Wertschöpfung fortzusetzen. Ebenso könnten sie eine weitere verpasste Gelegenheit in Afrikas Kampf, einen klaren Weg zur Industrialisierung zu schaffen, darstellen, die Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit verschärfen und somit zur Verschlimmerung einer Vielzahl anderer Probleme beitragen, wenn der Übergang nicht gerecht gestaltet wird. Der EGD wirkt sich zudem in unterschiedlichster Weise auf eine Reihe von Bereichen in Afrika aus, darunter auf den Handel, neue Technologien, Kreislaufwirtschaft, Landwirtschaft, biologische Vielfalt, Energie, CRM und Finanzen.⁵⁹ Die neuen EU-Agrarstandards, die durch die „Farm to Fork“-Strategie der EU eingeführt wurden, führen beispielsweise neue (höhere) Standards ein, die als nichttarifäre Hemmnisse für den Zugang zum EU-Markt gelten könnten und möglicherweise nicht WTO-konform sind. Diese und andere kritische Herausforderungen werden im folgenden Teil III erörtert.

Teil III: Risiken und Herausforderungen – politische Konflikte gefährden die Beziehung

Partnerschaften, auch die zwischen Europa und Afrika im Bereich der grünen Wende und des Zugangs zu Energie, beruhen auf der Prämisse, dass die Interessen jedes Partners bei den Entscheidungen und Maßnahmen berücksichtigt werden. Die Partnerschaft zwischen der EU und Afrika im Rahmen dieses Aspekts ist zwar vielversprechend, wirft aber auch Fragen auf und berührt schwierige Themen. Diese werden im Folgenden erörtert.

1. Afrikas Energiearmut, Europas Energiesicherheit: Gleiche Dringlichkeit, gleiche Behandlung?

Afrika ist ein Kontinent mit extremer Energiearmut. „Die Menschen in Afrika brauchen Strom, und wenn sie keinen Strom haben, wird es schwierig sein, die Menschen aus der Armut zu befreien.“⁶⁰ Der Kontinent steht bei dem Versuch, den Energiebedarf seiner Bevölkerung zu decken und sich gleichzeitig von fossilen Brennstoffen abzuwenden, vor einem inhärenten politischen und wirtschaftlichen Dilemma. Während die EU die Energiearmut einiger EU-Bürger als Problem erkannt hat, steht die Energiearmut in Afrika auf einem ganz anderen Blatt. Für viele gehört sie zum Alltag und wird definiert als „das Fehlen einer ausreichenden Auswahl beim Zugang zu angemessenen, erschwinglichen, zuverlässigen, sauberen, qualitativ hochwertigen und sicheren Energiedienstleistungen zur Unterstützung der wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung.“⁶¹ Frauen und Mädchen sind unverhältnismäßig stark betroffen, vor allem in ländlichen Gebieten. Sie tragen die Hauptlast der Arbeit, die mit dem Sammeln von Brennholz, dem Beschaffen von Wasser und der Verarbeitung von Lebensmitteln verbunden ist.⁶²

Der Anteil an der Weltbevölkerung in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara, die keinen Zugang zu Elektrizität hat, ist von 74 Prozent vor der Pandemie auf nun 77 Prozent gestiegen.⁶³ Der unzureichende Zugang zu Energie ist für mehr als die Hälfte der afrikanischen Bevölkerung, die im besten Fall nur vier Stunden pro Tag Strom hat, Realität. Eine echte Partnerschaft zwischen Afrika und Europa setzt voraus, dass die Energiearmut Afrikas und die Energiesicherheit der EU gleichbehandelt und mit derselben Dringlichkeit angegangen werden.

2. Afrika und Europa: Unterschiedliche Einstiegspunkte in eine kohlenstoffarme Zukunft

Europa und Afrika sind Kontinente, die sich in unterschiedlichen Entwicklungsstadien befinden. Der Einstiegspunkt in eine kohlenstoffarme Zukunft ist unterschiedlich, und auch der Weg zur Energiewende wird deutlich voneinander abweichen. Die neue 1.440 Kilometer lange Ostafrikanische Rohöl-Pipeline (EACOP), die von Uganda und Tansania entwickelt wird, macht erhebliche Unterschiede deutlich. Trotz der Warnung der Internationalen Energieagentur (IEA), für das Erreichen der globalen Klimaziele müssten neue Projekte für fossile Brennstoffe gestoppt werden, haben die beiden afrikanischen Länder betont, dass ihre wirtschaftlichen Interessen beim Bau dieser von zwei externen Partnern finanzierten Pipeline Vorrang haben. Total Energies, ein französischer Energieriese aus der EU, verfügt über einen Anteil von 62 Prozent, während CNOOC, ein chinesisches Energieunternehmen, ebenfalls Anteile an dem fünf Milliarden US-Dollar teuren Projekt hält.⁶⁴ Obwohl die EU intervenierte und Umwelt-, Klima- und Menschenrechtsverletzungen als Gründe für die geforderte Aussetzung des Projekts anführte, lehnten die lokalen Regierungen einen Stopp ab. Dies unterstreicht, welche Kluft zwischen den reichen, entwickelten Ländern und den Ländern besteht, die weiterhin versuchen, der Armut zu entkommen.

Der Großteil des Öls wird für den Export bestimmt sein, hauptsächlich nach Europa. „Sie sind unerträglich, so oberflächlich, so egozentrisch, so falsch“, soll⁶⁵ Ugandas Präsident in Bezug auf die EU gesagt haben. Nach Angaben der Internationalen Agentur für erneuerbare Energien werden 92 Prozent der ugandischen Energie aus erneuerbaren Quellen (Wasserkraft) gewonnen. 84 Prozent des tansanischen Bedarfs und nur 22 Prozent des EU-Bedarfs werden durch erneuerbare Energien gedeckt.⁶⁶ Afrika verfügt zwar über reichlich Wind- und Sonnenenergie, aber die Infrastruktur zu deren Nutzung ist nicht vorhanden, da die erforderlichen Investitionen nicht getätigt wurden. Die Energiewende in Afrika wird den Zugang zu verschiedenen Energieformen erfordern, bis die Länder die wirtschaftlichen Grundlagen und institutionellen Voraussetzungen für eine vollständige Umstellung schaffen können.

3. Politikkonflikte und gestrandete Vermögenswerte

Das erneute Interesse der EU an fossilen Brennstoffen seit Russlands Einmarsch in der Ukraine wird als Widerspruch zu ihrer Politik wahrgenommen, den Übergang zu grüner Energie beschleunigen zu wollen. In den Köpfen der afrikanischen Partner entsteht so der Eindruck eines Konflikts, infolgedessen der EU Heuchelei und Doppelmoral vorgeworfen wird: „Das

Problem ist, dass dieselben Regierungen die Entwicklungsländer nicht nur ermutigen, den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen zu beschleunigen, sondern darüber hinaus bestrebt sind, die Nachfrage nach diesen Produkten in den kommenden Jahren im Zuge der De-Karbonisierung vollständig zu eliminieren.⁶⁷ Ein augenfälliges Beispiel dafür ist der Versuch der EU, ihre Energiesicherheit mittels Bemühungen um zusätzliche Lieferungen fossiler Brennstoffe aus Afrika zu erhöhen. Dies wirft mehrere unangenehme Fragen auf: Die erste ist, dass afrikanische Energieunternehmen als Reaktion auf den Klimawandel und die weithin bekannten Pläne der EU zum Ausstieg aus der Kohleverstromung bereits im Vorfeld mit Investitionsbeschränkungen in der Branche konfrontiert waren.⁶⁸ Dennoch haben Beamte der EU und ihrer Mitgliedsstaaten die Unternehmen in Afrika dazu gedrängt, die Produktion fossiler Brennstoffe zu erhöhen.

Berichten zufolge besuchte Bundeskanzler Scholz im Mai 2022 den Senegal, um Pläne für ein neues Gasfeld zu erörtern, das 2023 in Betrieb genommen werden soll. Des Weiteren gibt es Berichte über Besuche verschiedener Vertreter der EU und ihrer Mitgliedsstaaten „in Nigeria, um die Bereitstellung von Gasexporten in die EU zu erörtern, und Gespräche Italiens mit Angola, Nigeria und der Republik Kongo zur Steigerung der Erdgasexporte.“⁶⁹ Noch wichtiger ist, dass „die wiederaufgenommene Suche nach fossilen Brennstoffen zwar als kurzfristige Lösung für eine Notsituation betrachtet werden kann, die aber angesichts der Art der Investitionen im Energiesektor langfristige Folgen hat.“⁷⁰

Obwohl die afrikanischen Öl- und Gasproduzenten aufgrund der steigenden Nachfrage nach fossilen Brennstoffen so von kurzfristigen Gewinnen profitieren können, werden sie Berichten zufolge durch begrenzte Zusatzkapazitäten an einer schnellen Reaktion gehindert. Mosambik, Mauretanien, Senegal und Tansania gehören zu den Ländern, in denen eine Steigerung der Produktion erst zwischen 2024 und 2030 zu erwarten ist.⁷¹ Die afrikanischen Länder sind sehr besorgt über das Risiko, dass sie es mit dem Abklingen der Krisenphase mit gestrandeten Vermögenswerten zu tun bekommen. Darüber hinaus führen die steigenden Öl- und Gaspreise zu Verzerrungen auf dem Energiemarkt. Es wurde die Sorge geäußert, dass sie weitere Anreize für Investitionen in fossile Brennstoffe schaffen und den Weg in eine emissionsfreie Zukunft eher umkehren als beschleunigen werden.⁷²

4. Unzureichende Finanzierung für erneuerbare Energien

Trotz der Dringlichkeit der Energiewende wird immer noch mehr Geld in fossile Brennstoffe als in erneuerbare Energien gepumpt. Sind erneuerbare Energien verfügbar, ist ihre Finanzierung mit höheren Kosten verbunden.

„Europa hat die afrikanischen Länder zwar aufgefordert, sich von fossilen Brennstoffen zu verabschieden, hat es aber versäumt, die Finanzierung grüner Projekte zu beschleunigen, die alternative Energiequellen bereitstellen könnten. Dies hat viele afrikanische Staats- und Regierungschefs dazu veranlasst, das anzuprangern, was sie als Energieheuchelei und Doppelmoral ansehen, wodurch die Ausbeutung der Region durch den Westen aufrecht erhalten bleibt.“⁷³ Ein leitender Berater für Klimadiplomatie und Geopolitik bei der African Climate Foundation formuliert das Problem ähnlich: „Die afrikanischen Länder erhalten nicht die für den ökologischen Wandel erforderliche Finanzierung. Entsprechend wenden die Länder sich fossilen Brennstoffen zu, um Einkommen zu generieren. Die Finanzierung von fossilen Brennstoffen ist dreimal so hoch wie die von grüner Energie, das heißt, 30 Milliarden US-Dollar gegenüber 9 Milliarden US-Dollar für erneuerbare Energien.“⁷⁴

Als Grund für diese Ungleichheit gilt darüber hinaus, dass Investitionen in fossile Brennstoffe die Exporte unterstützen, mit denen die wohlhabenderen Länder weiter versorgt werden, während die erneuerbaren Energien derzeit nur zur Versorgung der lokalen Bevölkerung genutzt werden können. Einige halten dies für einen Teil einer konzertierten Aktion, die darauf abzielt, den Afrikanern und lokalen Gemeinschaften ihre Ressourcen zu entziehen, die sie benötigen, um die Entwicklung so zu unterstützen, dass der zukünftige Bedarf gedeckt ist, wenn die nicht erneuerbaren Vorkommen erschöpft sind.⁷⁵ Es wird auch darauf hingewiesen, dass die EU, die USA und andere große Volkswirtschaften wie China bei der Umstellung auf erneuerbare Energien bereits enteilt sind. Andere Entwicklungsländer wie Indonesien sind mit der Wende beschäftigt. Die eigentliche Befürchtung ist, dass das Risiko für afrikanische Länder „in 20, 30, 40 Jahren [darin besteht], dass sie sich mit Anlagen wiederfinden, die keine gute Rendite abwerfen.“⁷⁶

5. CBAM im Angesicht der „grünen Diplomatie“ der EU

Das CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) der EU ist komplex und innovativ. Es handelt sich um einen Handelsmechanismus, der auf die Förderung von Umweltzielen abzielt. In einem kürzlich erschienenen Buch über die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf den Globalen Süden⁷⁷ wird CBAM wie folgt beschrieben: „Inmitten globaler Spannungen: Ein Rezept für die Katastrophe“.⁷⁸ Das CO₂-Grenzausgleichssystem stellt Afrika vor eine Reihe von Herausforderungen, nicht zuletzt wegen der Auswirkungen auf den privilegierten Zugang afrikanischer Länder zum EU-Markt.⁷⁹ Die grenzüberschreitende Erhebung von Steuern auf Waren aus Afrika kommt angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage, mit der die Länder in den vergangenen drei Jahren konfrontiert waren, zu einem schlechten

Zeitpunkt für den Kontinent. Sie kommt auch zu einer Zeit, in der Afrika als Partner bei der Suche der EU nach zusätzlichen Lieferungen fossiler Brennstoffe zur Unterstützung ihrer Energiesicherheit gefragt ist. Dies erweckt den Eindruck, dass die Interessen der EU zählen und jene Afrikas nicht. „CBAM ist kein Einzelbeispiel für komplexe Gesetzesvorschläge, die den globalen Süden überproportional negativ treffen. Indien, eines der größten Schwellenländer der Welt, empfindet das CO₂-Grenzausgleichssystem als diskriminierend für Schwellenländer. Australien, eine vollständig industrialisierte Wirtschaft, bezeichnete CBAM als protektionistisch und diskriminierend.“⁸⁰

Die Verordnung über Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft, die Richtlinie über erneuerbare Energien und die Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit – sie alle verfolgen Ziele der Nachhaltigkeit und enthalten gleichzeitig Elemente des Protektionismus. „Bei schlechter Umsetzung werden durch sie die europäischen Unternehmen aus den Ländern des globalen Südens vertrieben und es wird Platz für andere dominante Volkswirtschaften geschaffen, die im Hinblick auf Nachhaltigkeit und die Achtung der Menschenrechte weniger ehrgeizige Zielsetzungen haben. Dies würde nicht nur die Wirtschaftsleistung der Länder des globalen Südens schmälern, sondern wäre auch nicht hilfreich für die Verbesserung der Menschenrechts-, Gesundheits-, Arbeits- und Umweltstandards in diesen Ländern.“⁸¹ Der CBAM, angeblich während der französischen EU-Ratspräsidentschaft im Eiltempo und ohne ausreichende Konsultationen mit den Mitgliedsstaaten oder Handelspartnern durchgesetzt, hat sowohl bei den reichen Ländern als auch bei den Entwicklungsländern negative Reaktionen hervorgerufen.⁸² In den Beziehungen zu Afrika ist CBAM ein heikles Thema.

6. Der Grüne Deal – Probleme für die Landwirtschaft

Die EU ist ein bedeutender Markt für Afrikas Agrarexporte, und es gibt Anreize für die afrikanischen Länder, sich an die EU-Standards anzupassen. Dies liegt insbesondere an der Bedeutung des Sektors für die afrikanische Wirtschaft, der „zwei Drittel der Arbeitsplätze schafft, 30 bis 60 Prozent des BIP eines jeden Landes und etwa 30 Prozent aller Exporte ausmacht.“⁸³ Die Einhaltung der EU-Standards wird jedoch immer schwieriger. Die Maßnahmen im Rahmen des EGD werden zusätzliche nichttarifäre Hemmnisse errichten, die die Länder in einem System, das sie bereits diskriminiert, nur schwer überwinden können.⁸⁴ „Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU beispielsweise stellt den Landwirten in der EU bis zu 50 Prozent des Einkommens als Direktzahlungen zur Verfügung. Dieses System kurbelt die Landwirtschaft in der EU an und verschafft den EU-Landwirten einen

Vorteil gegenüber ihren afrikanischen Kollegen.“⁸⁵ Neue Verordnungen wie „Farm to Fork“ im Rahmen des EGD und andere wie CBAM, gekoppelt mit GAP-Subventionen, werden afrikanische Landwirte weiter benachteiligen. Diese stemmen bereits hohe Kosten für die Einhaltung von EU-Standards.

All dies kommt zu einer Zeit, in der sie sich die Kosten für zusätzliche Auflagen am wenigsten leisten können. Es gibt den Vorschlag, dass die EU im Gegenzug die Bemühungen zur Eindämmung der Bodendegradation unterstützen kann, indem sie eine Partnerschaft mit Afrika im Rahmen ihres Programms für umfassende afrikanische Entwicklung eingeht, das die Landwirte ebenfalls bei der Einhaltung der neuen Standards unterstützen soll. In einer angeblich engen Partnerschaft ist jedoch mehr erforderlich, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, insbesondere angesichts der großen Bedeutung der Landwirtschaft für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Beschäftigung in Afrika.⁸⁶

7. Probleme beim Technologeaustausch und -transfer

Die gemeinsame Nutzung und der Transfer von Technologien sind nach wie vor Bereiche, in denen der Status quo nicht zufriedenstellend ist und die weiterhin entwicklungsfähig sind. Trotz der Bemühungen der Delegationen aus den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) und der afrikanischen Verhandlungsführer auf der jüngsten UN-Klimakonferenz ist der Technologeaustausch und -transfer weiterhin mit Hindernissen behaftet. Die afrikanischen Länder haben zwar ihre Pläne zur Bewertung des technischen Bedarfs aktualisiert, aber es fehlt weiterhin an finanziellen Ressourcen.

8. Entkopplung von Klimafinanzierung und öffentlicher Entwicklungshilfe

Die von der EK und der EIB für Entwicklungsländer bereitgestellten Mittel für den Klimaschutz bleiben mit etwa 5,7 Milliarden Euro auf dem gleichen Niveau wie 2018. Sie konzentrierten sich hauptsächlich auf den Klimaschutz und weniger auf Anpassung und Widerstandsfähigkeit sowie auf Länder mit mittlerem Einkommen.⁸⁷ Die drei afrikanischen Länder, die Klimafinanzierung von der EU erhalten haben, waren alle Länder mit mittlerem Einkommen: Marokko (429 Millionen Euro), Kamerun (82 Millionen Euro) und Ägypten (208 Millionen Euro).⁸⁸ Noch wichtiger ist die Tatsache, dass die Zuschussfinanzierung für den Klimawandel zurückgegangen ist und die verfügbaren Mittel zunehmend in die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) der EU einfließen. Darüber hinaus wird ein zunehmender Anteil der EIB-Klimafinanzierung als Darlehen zu Marktsätzen angeboten, wobei weniger als acht Prozent zu Vorzugsbedingungen vergeben werden.⁸⁹

Die derzeitige Klimakrise, begleitet von dem Krieg in der Ukraine und der weltweiten Pandemie, hat die Not in Afrika weiter vergrößert. Das Problem der Verschuldung der Länder ist erheblich. Die Darlehenspolitik der EIB und die Entwicklungsstrategien der Europäischen Kommission (EK) sollten im Hinblick auf die Unterstützung von Ländern mit niedrigem Einkommen überprüft werden. Eine Erhöhung des Volumens an konzessionären Darlehen und Zuschüssen ist unerlässlich. Darüber hinaus haben viele Länder in Afrika Schwierigkeiten, Finanzmittel für Projekte im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der grünen Wende zu erhalten und finanzierbare Projekte zu entwickeln. Die Verfahren sind umständlich, umfangreich und langwierig. Aus Berichten des Grünen Klimafonds (GCF) geht hervor, dass lediglich 39 Prozent der von Afrika eingereichten Projekte genehmigt wurden – die niedrigste Quote aller Regionen weltweit.⁹⁰

9. LNG: Steigende Kosten der Umweltverschmutzung

Eine neue Studie zeigt, dass die wachsende Abhängigkeit Europas von Flüssigerdgas (LNG) einen hohen Preis hat. Die erheblich gestiegenen Importmengen, die in den ersten neun Monaten des Jahres 2022 aufgrund der durch den Krieg und die Sanktionen gegen Russland verursachten Störungen um 65 Prozent gestiegen sind, verursachen hohe Umweltkosten. Die Produktion und der Transport von LNG verursachen im Vergleich zu Pipelinegas zehnmal mehr CO₂-Emissionen.⁹¹ Auch wenn die Emissionen bei der Verbrennung von Gas angeblich die gleichen sind, egal ob in Pipelines oder in flüssiger Form, liegt der Unterschied in dem erheblich höheren Energieaufwand für die Herstellung und den Transport der Flüssigkeit nach Europa. Ein Mitarbeiter des norwegischen Forschungsunternehmens Rystad Energy stellt fest: „Bei Pipeline-Gas aus Norwegen fallen etwa 7 kg CO₂ pro Barrel an. Bei LNG-Importen nach Europa liegt der Durchschnitt schätzungsweise bei über 70 kg, also etwa zehnmal mehr bei LNG als bei Pipeline-Gas.“⁹²

Dieselbe Quelle weist darauf hin, dass, wenn zusätzliches Gas aus LNG in Ermangelung von russischem Gas im Jahr 2023 importiert wird, „im Vergleich zu 2021 zusätzliche 35 Millionen Tonnen importierter CO₂-Emissionen anfallen werden ... das Äquivalent von etwa 16 Millionen zusätzlichen Autos auf den britischen Straßen über einen Zeitraum von 2 Jahren.“⁹³ Die Pläne zum Bau von 20 neuen LNG-Terminals in Europa verstärken die Bedenken. Um diese Terminals rentabel zu machen, „müssen die Länder sehr lange Verträge für die Einführung von Gas abschließen, und die Terminals können bis zu 40 Jahre laufen. Das bedeutet einen langen Lock-up-Effekt für diese fossilen Brennstoffe, aus denen wir aussteigen wollen.“⁹⁴ Diese Pläne senden widersprüchliche Signale an die afrikanischen Partner der

EU in Bezug auf die Verpflichtung, den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Zukunft zu beschleunigen, während sie selbst in diese Richtung gedrängt werden.

10. Die Bedeutung des Dialogs in der „Diplomatie des Grünen Deals“

In dieser Zeit der Spannung und Zerrissenheit sollten EU-Richtlinien und -Verordnungen, die sich auf Partner auswirken, einem verstärkten Dialog unterliegen und keinem schwächeren. Dies empfiehlt sich insbesondere angesichts des Versprechens der EU, eine stärkere „Diplomatie des Grünen Deals“ zu entwickeln. Dies gilt sicherlich für das Thema CBAM: „CBAM könnte den Zugang zum EU-Markt ernsthaft beeinträchtigen, Wertschöpfungsketten verdrängen oder zerstören und sich dadurch negativ auf Einkommen und Arbeit im globalen Süden auswirken. Die Tatsache, dass die EU sich dieser Probleme zwar bewusst, aber anscheinend nicht gewillt ist, sie anzugehen [...], zeigt, dass die Europäische Union derzeit von den wirtschaftlichen und diplomatischen Realitäten abgekoppelt ist und die Folgen dieser Abgehobenheit höchstwahrscheinlich auf die harte Tour zu spüren bekommen wird.“⁹⁵

11. Global Gateway – weniger Worte, mehr Taten

Ein Eckpfeiler des sechsten EU-AU-Gipfels im Februar 2022 war das Investitionspaket im Wert von 150 Milliarden Euro im Rahmen des Global Gateway von EU und Afrika. Es ist Teil des EU Global Gateway, das im Dezember 2021 ins Leben gerufen wurde und 300 Milliarden Euro an Investitionen umfasst, die eine „echte Alternative“⁹⁶ zu Chinas Neue-Seidenstraßen-Initiative (BRI) sein sollen. Obwohl das Potenzial für gute Ergebnisse eindeutig vorhanden ist, wurde die Maßnahme unter anderem von afrikanischen Partnern sowie von europäischen Nichtregierungsorganisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft kritisiert.⁹⁷ In Afrika wurde bemängelt, dass vor der Ankündigung auf dem Gipfel keine ausreichenden Beratungen stattgefunden haben. Enttäuschung machte sich breit, nachdem die EU ihre Versprechen auf dem Gipfel nicht eingehalten hatte. Dies veranlasste den AU-Präsidenten zu der Bemerkung: „Das hinterlässt bei uns einen schlechten Beigeschmack. Um ehrlich zu sein, bin ich ein wenig enttäuscht.“⁹⁸

Kritiker weisen darauf hin, dass es sich bei GG lediglich um eine „Um-etikettierung“ handelt, um eine Neuverpackung von altem Geld. Sie sind der Ansicht, dass nichts von den 300 Milliarden Euro neu ist, sondern es sich um eine „Kombination und Neuverpackung bestehender Zusagen von

europäischen Entwicklungsinstitutionen“⁹⁹ handelt, die im Großen und Ganzen früheren Initiativen, wie dem Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung und dem Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit (NDICI) ähneln, die im Rahmen des Team-Europe-Ansatzes umgesetzt wurden.

Die Verschuldungssituation der afrikanischen Länder ist besonders prekär, da sie sowohl mit historischen Schuldenständen als auch mit den Auswirkungen der globalen Nahrungsmittel- und Energiekrisen zu kämpfen haben. Besonders kritisiert wurde die relativ geringe Höhe der im Rahmen des GG gewährten Zuschüsse (18 Milliarden Euro), während die verbleibenden Investitionen Schulden nach sich ziehen.¹⁰⁰ Andere verweisen auf das Fehlen konkreter Ergebnisse: „Bislang hat das GG zwar viel Hype, aber wenig konkrete Projekte geliefert“.¹⁰¹ Bedenken wurden auch hinsichtlich der mangelnden Transparenz in Bezug auf die Initiativen des GG geäußert und die Notwendigkeit, „die vollständige Liste der Projekte ... [und] das Mandat sowie die Tätigkeit der vorgeschlagenen neuen Exportkreditfazilität und des neuen Unternehmensbeirats öffentlich bekannt zu machen“.¹⁰²

Eine gemeinsame Bewertung der European Civil Society und der Nicht-regierungsorganisationen Eurodad und Counter Balance¹⁰³ kommt zu dem Schluss, dass „die Neuausrichtung der internationalen Entwicklungsagenda der EU, die mit einer geopolitischen und kommerziellen Strategie verschmilzt, ein riskantes Unterfangen ist, das die Glaubwürdigkeit der EU als globaler Entwicklungsakteur beeinträchtigen kann. [...] Obgleich das Gateway auf einem ‚partnerschaftlichen‘ Angebot an die Empfängerländer basiert, konzentriert sich die offizielle Dokumentation überwiegend auf die Rolle der EU-Institutionen, des Privatsektors und der diplomatischen Präsenz, einschließlich der Schaffung einer Unternehmensberatungsgruppe und einer potenziellen EU-Exportfazilität.“¹⁰⁴

Teil IV: Empfehlungen für eine Neuausrichtung der Partnerschaft: Chancen in einer Zeit der Volatilität

Während der Sitzung des Entwicklungsausschusses im Rat für Auswärtige Angelegenheiten am 28. November 2022 unterstrich der Hohe Vertreter der EU sowohl die Bedeutung der Beziehungen zu Afrika als auch den geopolitischen Kontext, in dem sich die Beziehungen weiterentwickeln. „Die geopolitische Lage in der Welt ist ganz anders als noch vor einem Jahr, aber trotz des Krieges in der Ukraine müssen wir uns weiterhin in Afrika engagieren. Afrika ist unser bevorzugter Partner. Es steht ganz oben auf unserer Agenda, besonders in dieser Zeit, in welcher der Kontinent von der Nahrungsmittel- und Energiekrise schwer getroffen wird. Wir müssen schneller, mehr und intelligenter in Afrika investieren.“¹⁰⁵ Diese Ermahnung erfordert, dass die EU die Strategien, die sie in ihren Beziehungen zu Afrika einsetzt, an mehreren Fronten überprüft. Dies bietet die Gelegenheit, eine immer wiederkehrende Kritik an der Partnerschaft zwischen der EU und Afrika anzusprechen, nämlich dass sie wenig konsultativ ist und nicht auf die Entwicklungsprioritäten Afrikas eingeht, insbesondere wenn es darum geht, einen Weg zur nachhaltigen Industrialisierung zu finden.¹⁰⁶ Eine verpasste Chance bei der grünen Wende wäre ein strategischer Verlust für Europa in Bezug auf die Wahrung seiner langfristigen Interessen angesichts der Präsenz anderer Großmächte, darunter China, die wichtige Investoren in Afrika sind.

Bei der Überprüfung der Beziehungen und der Zusammenarbeit im Bereich der grünen Wende und des Zugangs zu Energie sollten zwei Grundsätze berücksichtigt werden: die Ausweitung des „Grünen Gebots“ der EU, keine Schäden zu verursachen, auf Afrika einerseits und die Förderung der Energiegerechtigkeit andererseits.

Die EU-Politik sollte die Fähigkeit Afrikas, seine soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu sichern, nicht untergraben. Dies ist ein übergeordnetes Prinzip, das sich über alle Facetten der Beziehungen und Sektoren erstrecken sollte. Genauso wie die EU sich verpflichtet hat, innerhalb Europas keine Schäden zu verursachen, muss sie die Art und Weise berücksichtigen, in der sich politische Maßnahmen wie CBAM und die neue Agrarpolitik auf Afrika auswirken. Dies gilt insbesondere in dieser Zeit der akuten wirtschaftlichen Not und der multiplen Krisen. Sie muss Wege finden, die schlimmsten Auswirkungen dieser Initiativen zu eliminieren oder abzumildern.

Zweitens ist das Prinzip der Energiegerechtigkeit eines, das im Rahmen der Partnerschaft angesprochen werden sollte. „Wenn die gegenwärtigen Trends anhalten, werden bis 2030 weniger Menschen in Afrika Zugang zu moderner Energie haben als heute.“ Der Energiearmut in Afrika sollte die gleiche Bedeutung und Dringlichkeit beigemessen werden wie der Energiesicherheit in der EU.¹⁰⁷ Als globaler Verfechter einer kohlenstoffarmen Zukunft sollte die EU auch ein globaler Akteur sein, der sich für Energiegerechtigkeit in Afrika einsetzt. Dies stünde im Einklang mit dem eigenen Ansatz der EU für Klimagerechtigkeit. Innovative Ansätze wie das süd-afrikanische Renewable Energy Independent Power Producer Procurement Programme (REIPPPP) haben sich als vorbildlich erwiesen, wenn es um die Bereitstellung von Investitionsmöglichkeiten durch intelligente politische Rahmenbedingungen geht. Diese operationalisieren Rahmenwerke für Energiegerechtigkeit, die Energieindikatoren integrieren, wirken sich auf die Investitionen und Lösungen für erneuerbare Energien aus und bieten ein nützliches Modell zur Nachahmung.

Die folgenden Empfehlungen heben Initiativen hervor, die sowohl die EU-Ziele einer kohlenstoffarmen Zukunft fördern als auch Afrikas ökologischen Wandel und die Entwicklung neuer grüner Industrien unterstützen.

1. Global Gateway neu positionieren

Zwar spielen die EU-Entwicklungsfonds bei der Unterstützung der Entwicklungsländer eine einzigartige Rolle, doch sind diese Mittel begrenzt und müssen in einem Rahmen verwaltet werden, der transparent, integrativ und zielgerichtet ist. Während GG für seine Rolle bei der Entwicklung von Finanzierungs- und De-Risking-Instrumenten als Mittel zur Generierung zusätzlicher Investitionen aus dem Privatsektor angeführt wurde, wurde es in anderen Bereichen von verschiedenen Gruppen sowohl in Afrika als auch unter europäischen Interessenvertretern kritisiert. Die Kritiker schlagen vor, GG nachzujustieren, um sicherzustellen, dass die Glaubwürdigkeit der EU als „wichtiger Entwicklungspartner“ nicht beeinträchtigt wird.¹⁰⁸ Die Empfehlungen umfassen:

- Abkopplung des GG-Mandats von dem einer „Alternative“ zu Chinas Neue-Seidenstraßen-Initiative und stärkere Konzentration auf die Entwicklungsziele der zu fördernden Projekte. Die Neue-Seidenstraßen-Initiative wurde 2013 ins Leben gerufen und hat damit einen Vorsprung von zehn Jahren. Ende 2022 beliefen sich die Investitionen auf 932 Milliarden Dollar.¹⁰⁹ GG als Alternative zur BRI zu präsentieren, ist unrealistisch und erhöht weder seine Wettbewerbsfähigkeit noch seine Attraktivität. GG sollte als ein weiteres Instrument zur Unterstützung der afrikanischen Entwicklung präsentiert werden.

- Formulierung einer klaren entwicklungspolitischen Begründung für das GG, um einen sinnvollen Beitrag zur Klimawandel-Agenda, zur Armutsbekämpfung und zur Bekämpfung der Ungleichheit in den Empfängerländern zu leisten.
- Entwicklung eines partizipatorischen und inklusiven Prozesses für die GG-Strategie, um sicherzustellen, dass die Ressourcen nicht von den Entwicklungszielen abgezogen werden, sondern sich auf einen auf die Menschen ausgerichteten Ansatz für menschliches Wohlergehen, menschenwürdige Arbeitsplätze, lokale wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung konzentrieren, und zwar durch verstärkte Beiträge von Zuschüssen und konzessionärer Finanzierung.
- Erhöhung der Transparenz der GG-Initiativen und Veröffentlichung von Projektverzeichnissen und zugewiesenen Mitteln.
- Verbesserung des Governance-Modells zur Gewährleistung der Eigenverantwortung und einer sinnvollen Beteiligung der Akteure in den Partnerländern und in Europa, einschließlich des Europäischen Parlaments und der Zivilgesellschaft. Einbeziehung von Vertretern der Entwicklungsländer in die Kontrolle des GG zur Stärkung der Eigenverantwortung.

2. Anreize für Investitionen in Afrika schaffen

Die EU erwägt eine Antwort auf den 369 Milliarden US-Dollar schweren Inflation Reduction Act (IRA) der USA. Dieser stellt Unternehmen Milliarden von US-Dollar zur Verfügung (vor allem in Form von Steuergutschriften), um das Tempo neuer Technologien zu beschleunigen und in den USA eine neue Wirtschaft mit grünen Arbeitsplätzen zu schaffen. Gleichzeitig soll das Gesetz die Abhängigkeit von China verringern und die USA näher an die Erreichung der Ziele im Rahmen des Übereinkommens von Paris bringen.¹¹⁰ Davon profitieren sowohl die Unternehmen als auch die Verbraucher. Allerdings müssen Produkte wie zum Beispiel Elektroautos und Batteriehersteller sicherstellen, dass bestimmte Komponenten in den USA oder in Ländern mit bestehenden Handelsabkommen gewonnen oder verarbeitet werden. Bei der Erwägung von Gegenmaßnahmen zu den grünen Subventionen der USA hat die EU die Möglichkeit, Länder in Afrika als „befreundete Länder“ einzubeziehen. Diese könnten dann in den Genuss von Steuererleichterungen und Subventionen für europäische Unternehmen kommen. Dies wäre eine Antwort auf die Kritik, dass die Entwicklung erneuerbarer Energien und der Technologieaustausch in Afrika nicht ausreichend unterstützt werden.

Die Förderung von Investitionen in den an Bodenschätzen reichen Ländern Afrikas hat den Vorteil, dass sie für die EU in mehrfacher Hinsicht von strategischer Bedeutung ist.

- Erstens verringert sich dadurch die Gefahr, dass die Abhängigkeit von einem Lieferanten für fossile Brennstoffe, nämlich Russland, in neuen grünen Industrien durch einen anderen, nämlich China, ersetzt wird. Mit der Umstellung der Industrie auf Elektrofahrzeuge (EV) wirkt die Abhängigkeit von China besorgniserregend. Prognosen zufolge wird China bis 2031 mehr Produktionskapazitäten in Europa, dem zweitgrößten Markt der Welt für Elektrofahrzeuge, haben als jedes andere Land.¹¹¹ Chinesische Marken wie BYD und Great Wall bauen ihre Verkäufe in Europa ebenfalls aus, was dazu führt, dass mehr Montagewerke und Batteriefabriken chinesische Technologie verwenden werden.¹¹² Während der IRA den Einsatz von in Amerika hergestellten Autos mit ausländischer Technologie verhindert, gibt es in der EU keine derartigen Maßnahmen. Es wird davor gewarnt, dass es zu einer „erheblichen Abhängigkeit der westlichen Welt von Asien“ kommen wird, und die EU-Vorschriften zur De-Karbonisierung wurden als „naiv und dogmatisch“ gebrandmarkt.¹¹³
- Zweitens wird durch die Partnerschaft mit Afrika und die Einbeziehung des Kontinents in die Diskussionen über neue Technologien, frühe Forschungsphasen und die Festlegung von Standards ein weiteres Ziel erreicht: Es geht darum, dass die EU auf den afrikanischen Kontext und die afrikanischen Bedürfnisse eingeht und die Kapazitäten auf dem Kontinent ausbaut. Die Herstellung von Batterien und Solaranlagen gehört zu den Branchen, in denen die mineralreichen afrikanischen Länder einen Wettbewerbsvorteil haben.¹¹⁴ Auch wenn neue grüne Technologien anfangs kostspielig sein werden, „könnte die Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika bei neuen Technologien mit Hilfe von EU-Klimaforschungsfonds wie Horizon Europe, das für den Zeitraum 2021 bis 2027 über einen Investitionsrahmen von 95,5 Milliarden Euro verfügt, die Erforschung grüner Technologien und die Ausbildung von Fachkräften fördern, die an das afrikanische Umfeld angepasst und hierfür geeignet sind.“¹¹⁵ Der Africa Energy Outlook 2022 der IEA legt nahe, dass Afrika bis zu 5.000 Mt grünen Wasserstoff pro Jahr produzieren kann – das ist mehr als die Gesamtmenge, die derzeit produziert wird – für weniger als zwei US-Dollar pro Kilogramm.¹¹⁶ Das Abkommen zwischen der EU und Namibia, das auf der 27. UN-Klimakonferenz unterzeichnet wurde, ist nachahmenswert. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika ist auf lange Sicht ein Gewinn für Europa.

3. Differenzierte Richtlinien und Strategien für die grüne Wende in Afrika

Afrika ist ein Kontinent mit Ländern in unterschiedlichen Entwicklungsstadien. Darüber hinaus weist der Kontinent unterschiedliche Ressourcen, Bedürfnisse und Fähigkeiten auf. Es gibt Länder, deren Wirtschaft von fossilen Brennstoffen abhängig ist, andere, die reich an CRM sind, einige, die in erneuerbare Energien investiert haben, und wieder andere, deren Hauptwirtschaftsaktivität die Landwirtschaft ist. Nur wenige Volkswirtschaften haben ein hohes Maß an Diversifizierung erreicht. Die Geschwindigkeit der Energiewende und die variablen und abweichenden Bedingungen in Afrika müssen sowohl gesteuert als auch unterstützt werden. In diesem Szenario gibt es keine Einheitslösung. Es wird ein mehrgleisiger Rahmen von speziell auf die verschiedenen Situationen zugeschnittenen Strategien und Maßnahmen erforderlich sein. Ein variabler und vielseitiger Ansatz könnte folgende Aspekte umfassen:

- Ein partnerschaftlicher Ansatz des öffentlichen und privaten Sektors zur Unterstützung der Energiewende und der wirtschaftlichen Diversifizierung in Ländern, die reich an fossilen Rohstoffen sind. Nigeria, Angola, Algerien, Ägypten, die Republik Kongo, Gabun und Ghana sehen sich alle mit der Aussicht auf sinkende Einnahmen im Energiesektor konfrontiert, was sich destabilisierend auf die Wirtschaft auswirken wird. Zur Umstellung auf grüne Energie und zur Unterstützung einer wirtschaftlichen Diversifizierung werden sie Finanzmittel benötigen. Folgendes sollte in Erwägung gezogen werden:
 - a) Die Erhebung von Sondersteuern für globale Energieriesen, um Investitionen in von fossilen Brennstoffen abhängigen Volkswirtschaften zu fördern und deren Strukturwandel zu unterstützen. Die EU hat zwar vor kurzem eine solche Steuer als vorübergehende Maßnahme eingeführt, sollte sich aber bei der G20, der G7 und den Vereinten Nationen für die Initiative einsetzen, um diese Modalität im multilateralen Rahmen zu fördern.¹¹⁷
 - b) Italiens bilaterales Programm zur Unterstützung der Diversifizierungsbemühungen Algeriens könnte als Team-Europe-Ansatz ausgeweitet werden.
- Unterstützung von Forschung und Entwicklung und Anreize für Investitionen in CRM-reichen Ländern. Letzteres erfordert Partnerschaften, die über die Gewinnung von CRM und die Energieversorgung hinausgehen.

- a) Ein gutes Beispiel für den Aufbau von Industrien und die Unterstützung von Forschung und Entwicklung, die an die Bedingungen in Afrika angepasst sind, ist die Partnerschaft zwischen dem deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung und zwei der regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (RECs) Afrikas – der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) und der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) – bei der Erforschung des Potenzials für die Produktion von grünem Wasserstoff.¹¹⁸
- b) Technische Unterstützung bei der Ausarbeitung der gesetzlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen und Mapping, das zur Vorbereitung auf ausländische Direktinvestitionen erforderlich ist, um die immer wieder auftretenden Kapazitätsprobleme zu lösen.
- Unterstützung des Ausbaus von Kapazitäten in Ländern, die sich im Umbruch befinden: Marokko zum Beispiel hat erhebliche Investitionen in die Solarproduktion getätigt. Diese Länder streben Investitionen in die Infrastruktur an und benötigen Unterstützung beim Ausbau der Kapazitäten für erneuerbare Energien, Speicherung und Verteilung in Zusammenarbeit mit anderen afrikanischen Ländern. Das Abkommen über eine „Grüne Partnerschaft“ zwischen Marokko und der EU (2022), das sich mit Klima und Energie, nachhaltiger Wirtschaft und Umwelt befasst, ist ein Modell für die mögliche Zusammenarbeit.
 - Nutzung des EU-Ansatzes der Klimagerechtigkeit und Unterstützung von Maßnahmen, um auf die besonderen Herausforderungen von gefährdeten und marginalisierten Gruppen in energiearmen Ländern zu reagieren. Diese Länder benötigen verschiedenartige Unterstützung, abzielend auf die verstärkte Einführung kostengünstiger Energiespartetechnologien, die für eine größere Wirkung skaliert werden könnten. Die Unterstützung von Haushalten bei der Verringerung der Energiearmut, die Entwicklung von Programmen, die auf Mädchen und Frauen zugeschnitten sind, um ihre Energiearmut und Gesundheitsrisiken zu verringern, und die Ausbildung von Aktivist:innen in den Gemeinden, die in der Lage sind, Informationen über nachhaltige und gerechtere Energielösungen an Haushalte, insbesondere die arme Landbevölkerung, weiterzugeben, gehören zu den kleinen, aber wirkungsvollen Initiativen, die von der EU in Betracht gezogen werden sollten.¹¹⁹

4. Mehr konzessionäre Finanzierung und innovative Instrumente durch EIB und EBWE

Die Herausforderungen, vor denen die Entwicklung Afrikas steht, wurden bereits beschrieben. Die steigenden Kapitalkosten verschärfen die schwie-

rige Situation noch.¹²⁰ Reiche Länder nehmen Kredite zu etwa 2 bis 4 Prozent auf, während die Spanne für Entwicklungsländer bei 12 bis 14 Prozent aufwärts liegt. Auch die Finanzierung klimabezogener Anpassungsmaßnahmen für afrikanische Länder stößt auf mehrere Hindernisse. Dazu zählt nicht zuletzt die Tatsache, dass die Rendite privater Investitionen gering ist, so dass mehr öffentliche Mittel erforderlich sind. Angesichts des schwierigen wirtschaftlichen und fiskalischen Umfeldes, in dem sich Afrika befindet, ist es unerlässlich, die öffentlichen Mittel durch externe öffentliche und private Finanzmittel zu ergänzen.¹²¹

- Überprüfung von Instrumenten und Kreditvergabepolitik der EIB und der EBWE: Im Jahr 2020 flossen nur 10 Prozent der Klimafinanzierung der EIB und 14 Prozent der EBWE in die Anpassung an den Klimawandel.¹²² Die externe öffentliche Finanzierung in diesem Sektor wurde hauptsächlich in Form von Darlehen bereitgestellt, was ein Problem darstellt angesichts der Tatsache, dass viele Länder als schuldengeplagt eingestuft wurden. Darüber hinaus diskriminiert die EIB Länder mit niedrigem Einkommen, da sie sich bei ihrer Kreditvergabe auf Länder mit mittlerem Einkommen konzentriert.¹²³ Eine Erhöhung des Umfangs und der Mischung von Zuschüssen und konzessionären Finanzierungen zur Abmilderung der Kostenbelastung durch die grüne Wende in Afrika ist von entscheidender Bedeutung.
- Finanzierungsprogramme für grünes Wachstum, KMU und Arbeitsplätze mit Schwerpunkt auf Jugend, Frauen und Mädchen: Das jüngste OECD-Forum zu grünen Finanzen und Investitionen schlägt vor, dass größere multilaterale Entwicklungsbanken wie die EIB, eine Rolle bei der Mobilisierung privater Finanzmittel spielen sollten. „Zur Finanzierung des nachhaltigen Wandels sollte eine Vielzahl von Finanzinstrumenten entwickelt werden, die über die Fremdfinanzierung hinausgehen, zum Beispiel durch Exportkredite, Eigenkapital, Garantien und Finanzierungen in Landeswährung.“¹²⁴ Klimafinanzierungsmechanismen und Entwicklungsfonds der EU und der EIB sind gut geeignet, um zusätzliche Finanzmittel über die Nationalen Klimabeiträge, die Nationalen Anpassungspläne und die Pläne zur Bewertung des technischen Bedarfs der afrikanischen Länder zu unterstützen und zu mobilisieren.

Die Afrikanische Investitionsplattform für Wasservorhaben (AIP) ist ebenfalls ein finanzierungsfähiges Programm. Das Programm integriert Wasserressourcen, SDG7-Investitionen, Klimaresilienz, transformatives Handeln zugunsten von Geschlechtergerechtigkeit und grenzüberschreitende Wasserkoooperation in einer Finanzierungseinheit.¹²⁵ Wassereffiziente Technologien und das Sammeln von Wasser in kleinem Maßstab gehören zu den

Ansätzen für praktische Investitionen in kleinerem Umfang. Mit diesen lässt sich die Entwicklung des Privatsektors fördern, einschließlich der Finanzierung von Basisorganisationen. Solche Initiativen kommen den am meisten gefährdeten Gemeinschaften und Ökosystemen in Afrika zugute.

- Unterstützung der Kapazität des afrikanischen Pools für Katastrophenrisiken (ARC): Der Katastrophenrisikopool der AU zielt darauf ab, klimabedingte Katastrophen abzudecken. In vier Jahren hat der ARC 36 Millionen US-Dollar zur Unterstützung von Ländern ausgezahlt, die von Dürre betroffen waren.¹²⁶ Die für Afrika zur Verfügung stehenden Finanzmittel für klimabedingte Risiken sind jedoch unzureichend. Daher wurde die neue Extreme Climate Facility eingerichtet. Sie soll gemischte Mittel aus dem privaten und dem öffentlichen Sektor für Länder bereitstellen, die verstärkte Anpassungsmaßnahmen am dringendsten benötigen. Dies ist ein afrikaspezifisches Instrument, das Unterstützung verdient.
- Entwicklung von Partnerschaften zwischen der EIB und globalen gemeinnützigen Organisationen: Solche Partnerschaften bieten Kreditgarantien, die es den Ländern ermöglichen, die Kreditkosten zu senken und die Ersparnisse in das Management von Ökosystemen und Beständen zu investieren, die durch den Klimawandel gefährdet sind. Auf diese Weise unterstützen sie die Lebensgrundlagen und die lokalen Gemeinschaften. Ein gutes Beispiel für eine solche Einrichtung ist die Barbados Blue Bond Initiative. Im Oktober 2022 emittierte Barbados die weltweit erste Staatsanleihe mit einer Klausel, die eine Aussetzung der Zahlungen im Falle einer weiteren globalen Pandemie ermöglicht. Die Anleiheklauseln decken auch Naturkatastrophen, wie Überschwemmungen, Tropenstürme und Erdbeben, ab. Die Anleihe von Barbados wird über eine Laufzeit von 15 Jahren zurückgezahlt. Zwar können die Zahlungen bei Bedarf zweimal für bis zu zwei Jahre ausgesetzt werden, die Anleihe kann jedoch nicht vollständig gekündigt werden.

Dank der Kreditgarantien von The Nature Conservancy und der Interamerikanischen Entwicklungsbank kann Barbados seine Kreditkosten im Vergleich zu der Anleihe, die sie ersetzt, um bis zu 40 bis 50 Millionen US-Dollar senken. Diese Einsparungen werden für den Schutz der Meeresökosysteme der Insel verwendet, die eine wichtige Rolle für den bedeutendsten Wirtschaftszweig des Landes spielen, den Tourismus. Dieser macht 40 Prozent des BIP und der Arbeitsplätze des Landes aus.¹²⁷ Bei der Ankündigung der Maßnahmen wies die barbadische Premierministerin Mia Motley auf den Nutzen solcher Anleihen hin. Sie verdeutlichte, dass diese den Entwicklungsländern eine gewisse Atempause während der laufenden Pandemie und der zahlreichen klimabedingten Katastrophen verschafften,

darunter die jüngsten großflächigen Überschwemmungen in Pakistan und die verheerenden Dürren in Afrika.

- Bereitstellung technischer Unterstützung für afrikanische Länder: Grüne, soziale, nachhaltige und nachhaltigkeitsorientierte (GSSS) Anleihen haben sowohl an Popularität als auch an Marktanteilen schnell zugenommen, sind aber stark auf die entwickelten Märkte konzentriert. Obwohl diese Anleihen großes Potenzial haben, den Ländern bei der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu helfen, werden nur sechs Prozent in ODA-Empfängerländern ausgegeben.¹²⁸ Als Hemmnisse werden unter anderem der Mangel an finanzierbaren Projekten, hohe Vorlaufkosten und technische Kapazitäten genannt.
- Finanzierungsmechanismen zur Mobilisierung von Kapital für die Natur aus dem Privatsektor: Die Weltbank hat eine Reihe von Investitionsmöglichkeiten identifiziert, die es ermöglichen, die Ziele des Klimawandels durch ökologisch und sozial nachhaltige Investitionen (ESG) in Naturlandschaften und Ökosysteme zu erreichen. Angesichts des Ausmaßes des Bedarfs im Vergleich zur aktuellen Wirtschaftslage verfügen die afrikanischen Länder nur über einen geringen finanziellen Spielraum, um ohne fremde Hilfe Initiativen zum Erhalt und Schutz von Ökosystemen zu finanzieren. Privatem Kapital kommt bei der Überbrückung der Finanzierungslücke eine wichtige Rolle zu. Eine Reihe von Fallstudien liefert praktikable Muster für eine Ausweitung in verschiedenen Teilen Afrikas. Dazu gehören: Debt for Nature Swaps (Seychellen), bei denen die Auslandsschulden des Landes im Austausch für Investitionen in den Meeresschutz refinanziert wurden. Die Erlöse aus der Umschuldung wurden an NGOs verteilt, die sich für den Schutz der Meere engagieren. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Einbeziehung von Frauen gelegt. Der Cubango-Okavango River Basin Fund (Angola, Namibia und Botswana) ist ein länderübergreifendes Ökosystemprojekt, bei dem Geber- und Wirkungsfonds kombiniert werden, um ESG mit Einkommensfinanzierungsmaßnahmen vollständig zu integrieren. Auf diese Weise sollen die Widerstandsfähigkeit des Ökosystems und die Lebensgrundlagen im ländlichen Raum verbessert werden.¹²⁹

5. Einsatz für einen multilateralen Ansatz für die Entwicklung Afrikas

Die Herausforderungen, vor denen Afrika beim Thema Entwicklung steht, übersteigen die Möglichkeiten eines einzelnen Partners. Afrika braucht alle seine Freunde, um seine eigenen Anstrengungen wirkungsvoll verstärken zu können. Auf dem Höhepunkt der COVID-19-Pandemie wurde der Ruf nach einem „Marshallplan für Afrika“ laut. Heute wird ein Marshallplan

für die Ukraine in Erwägung gezogen. Afrika braucht heute mehr Unterstützung, nicht weniger, als auf dem Höhepunkt der Pandemie. Die Wende in Afrika würde von einem umfassenden Plan profitieren, der den Rahmen für einen robusten Prozess des Wandels zu einem kohlenstoffarmen Kontinent setzt und gleichzeitig gefährdete Gruppen schützt. Die Partner des Kontinents unterstützen alle eine unterschiedliche Art von Investitions- und Entwicklungszusammenarbeit. Eine größere Hebelwirkung könnte jedoch erzielt werden, wenn die Partner Afrikas die Bemühungen des Kontinents um ökologischen Wandel und eine kohlenstoffarme industrielle Entwicklung durch multilaterale Rahmenwerke unterstützten, die die bilateralen und regionalen Bemühungen ergänzen. Zu den Initiativen, die in Betracht gezogen werden sollten, gehören:

- Unterstützung eines regionsspezifischen, umfassenden Rahmens, der von Afrika entworfen wird. Unter der gemeinsamen Führung von EU und AU könnte die Koordinierung eines solchen Rahmens durch die UN und Sonderorganisationen, die Bretton-Woods-Institutionen, die AfDB, die EIB und die Asiatische Entwicklungsbank unterstützt werden.
- Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA bei der Energiewende in Afrika. Die Vorlage der im Oktober 2022 unterzeichneten Absichtserklärung zwischen der EU und den USA über die Zusammenarbeit zur Unterstützung von Projekten wie dem African Continental Power System Masterplan könnte auf andere Akteure ausgeweitet werden.¹³⁰
- Angleichung der multilateralen Zusammenarbeit im internationalen Finanzwesen: Der grüne Wandel bietet der EU und anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft auch die Gelegenheit, ihre Unterstützung und Zusammenarbeit im Bereich der internationalen Finanzen abzustimmen. Zu den erforderlichen Schlüsselbereichen gehören die Standardisierung von Risikominderungsinstrumenten für Währungs- und Offtaker-Risiken sowie die Nutzung der Kapitalmärkte zur Kanalisierung institutioneller Investitionen. Zu den Beispielen für Innovation gehören: Der Energy Transition Mechanism mit dem Partnership Trust Fund, der von der Asiatischen Entwicklungsbank und den Mitgliedsländern in Asien und dem Pazifik in einer Partnerschaft mit Industrieländern, darunter Deutschland, eingerichtet wurde, unterstützt die Mitgliedsländer beim Übergang von der Kohle zu sauberer Energie. Südafrikas Übergang von der Kohle zum Beschaffungsprogramm für unabhängige Stromerzeuger aus erneuerbaren Energien (REIPPPP)¹³¹ wird ebenfalls durch eine internationale Partnerschaft unterstützt. Beide Modelle sind dahingehend hilfreich, andere Länder bei der Abkehr von fossilen Brennstoffen zu unterstützen.

- Die Ausweitung des Prototyps der Just Energy Transition Partnership, an der die EU, Frankreich, Deutschland, die USA und das Vereinigte Königreich beteiligt sind, um Südafrika bei der Abkehr von der Kohle zu unterstützen, umfasst eine Mischung aus Zuschüssen, konzessionären Finanzierungen und Instrumenten zur Risikoteilung. Es soll private Finanzmittel mobilisieren und ist ein weiteres nachahmenswertes Modell der multilateralen Zusammenarbeit. Es deckt sowohl den Energiesektor als auch Elektrofahrzeuge und grünen Wasserstoff ab. Der „gerechte“ Ansatz soll sicherstellen, dass diejenigen nicht zurückgelassen werden, die am unmittelbarsten von der Abkehr von der Kohle betroffen sind wie Arbeiter, Gemeinden, Frauen und Mädchen.¹³²

6. Unterstützung einer multilateralen „grünen“ Bank auf Basis der Bridgetown-Initiative

„Um die Klimaziele zu erreichen, müssen die Länder des globalen Südens (außer China) bis 2025 mehr als 1 Billion US-Dollar und bis 2030 mehr als 2 Billionen US-Dollar pro Jahr für Anpassung und Abmilderung ausgeben – zwischen 4 und 7 Prozent ihres BIP.“¹³³ Zwar investieren die afrikanischen Regierungen bereits durchschnittlich 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Anpassungsmaßnahmen, einschließlich der Unterstützung der Landwirtschaft und der Programme zur Bekämpfung von Dürren, doch das reicht nicht.¹³⁴ Die Idee einer „Grünen Bank“ wird in verschiedenen Foren diskutiert. Sie sieht die Schaffung einer multilateralen Institution vor, die nachhaltige Projekte entwickelt, Finanzmittel mobilisiert und die Umsetzung von Projekten in Afrika und anderen Entwicklungsländern unterstützt. Die Institution würde Regierungen und private Anteilseigner umfassen. Die Stimmrechte wären gerecht verteilt und die Finanzierung stünde ausschließlich für umweltfreundliche Projekte zur Verfügung.

Mit dem Vorschlag werden in der Bridgetown-Initiative enthaltene Initiativen weiterentwickelt. Diese wurde von Barbados auf der 27. UN-Klimakonferenz vorgestellt. Der Plan, für den sich die Premierministerin von Barbados einsetzt, besagt, dass Länder nicht zwischen der Begleichung ihrer Schulden und der Verfolgung von Entwicklungszielen wählen müssen sollten: „So wie Großbritannien in der Lage war, langfristige Kredite aufzunehmen, um seinen Anteil am Ersten Weltkrieg zu finanzieren, und diese erst 2014 zurückzahlte, weil es die Rückzahlung inmitten anderer Ausgabenprioritäten nicht bewältigen konnte, sollten Länder mit niedrigem Einkommen ebenfalls nicht gezwungen sein, ihre Entwicklungsziele für Klimaausgaben zu opfern.“¹³⁵ Der Vorschlag sieht eine einmalige Zahlung des IWF in Höhe von 650 Milliarden Dollar vor. Mit diesem Geld könnte ein Treuhandfonds gegründet werden, der in eine zinsgünstige

Klimafinanzierung für Entwicklungsländer im Wert von 1 Billion US-Dollar umgewandelt werden soll. Die Initiative befürwortet eine Sondersteuer für Ölgesellschaften. Diese würde den auf der 27. UN-Klimakonferenz vereinbarten „Loss-and-Damage-Fonds“ unterstützen, der zur Finanzierung von Wiederaufbauhilfen für Entwicklungsländer nach einer klimabedingten Katastrophe eingesetzt werden soll. Die Rückzahlung der Schulden wird dabei für eine gewisse Zeit ausgesetzt. Die ausgearbeitete Initiative sollte auf der Frühjahrstagung der WB und des IWF (2023) in Washington DC vorgestellt werden.¹³⁶

7. Eine gerechte globale Klimasteuer erwägen

Die EU als globaler Vorreiter in Bezug auf ihre eigene Politik zur Erreichung einer kohlenstoffarmen Zukunft kann ihren beträchtlichen Einfluss in diesem Bereich geltend machen, indem sie sich für eine klimabezogene, gerechte globale Steuer als Mittel zur Beschaffung von Klimafinanzierung einsetzt. Immer mehr Stimmen fordern, dass unvorhergesehene Kapitalgewinne aus umweltschädlichen Industrien für fossile Brennstoffe zweckgebunden werden sollten (neben anderen Initiativen). Auf diese Weise könnten die finanziellen Hilfen für die Länder aufgestockt werden, die nach Lösungen für die Anpassung an die aktuellen Krisen und den Aufbau von Resilienz suchen. Dies könnte ihnen den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Zukunft erleichtern.

Der UN-Generalsekretär betont: „Die Industrie für fossile Brennstoffe kassiert Hunderte von Milliarden Dollar an Subventionen und unerwarteten Gewinnen, während die Haushaltsbudgets schrumpfen und unser Planet verbrennt. [...] Ich fordere heute alle Industrieländer auf, die Zufallsgewinne der Unternehmen für fossile Brennstoffe zu besteuern.“¹³⁷ In der Tat hat beispielsweise der Energieriese Shell kürzlich einen Rekordgewinn von 40 Milliarden US-Dollar für das Jahr 2022 bekannt gegeben, den höchsten in seiner 115-jährigen Geschichte.¹³⁸ Gezielt aufgestellte Fonds können einen Teil der Kosten des ökologischen Wandels in den afrikanischen Ländern abdecken. Dies steht im Einklang mit einem Dokument, das von einem Konsortium der ärmsten Länder der Welt im Vorfeld der 27. UN-Klimakonferenz veröffentlicht wurde – in der seit langem andauernden Debatte über die Finanzierung von klimabedingten Verlusten und Schäden. In diesem Dokument ist von einer „klima- und gerechtigkeitsorientierten“ globalen Steuer als Mittel zur Beschaffung von Finanzmitteln die Rede, einschließlich der Einnahmen aus der CO₂-Besteuerung (wie der CBAM der EU), einer Steuer auf Flugreisen und Abgaben auf Schweröle in der Schifffahrt.¹³⁹

Teil V: Schlussfolgerung

Es steht außer Frage, dass die Beziehungen zwischen der EU und Afrika für beide Seiten von großer Bedeutung sind. Und auch wenn schon oft eine Neuausrichtung der Beziehungen gefordert wurde – vielleicht war die Lage zu keinem anderen Zeitpunkt dringender. Die derzeitige globale Dynamik scheint eine solche Neuausrichtung erforderlich zu machen, womit ein Weg geebnet würde, der für beide Parteien von großem Wert sein wird. In der Tat könnten sich die Vorteile für die EU als strategisch wichtig erweisen, da sie die Folgen der Rivalität zwischen den USA und China bewältigen und gleichzeitig versuchen muss, ihre eigenen Interessen zu wahren. Der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen gegen Russland haben das Tempo der globalen Zersplitterung in verschiedene Blöcke beschleunigt. Die Unterbrechung der globalen Lieferketten hat diese Spaltung weiter vertieft. Eine gesplattete Welt führt zu einer vielschichtigen Multipolarität. Diese bietet Afrika eine wachsende Auswahl an nicht-westlichen Allianzen und Partnerschaften mit Ländern und Regionen, deren Anteil an der globalen Produktion und am Wohlstand zunimmt.¹⁴⁰ Um angesichts der Erfordernisse dieser Zeit eine zweckmäßige Partnerschaft einzugehen, muss die EU die zunehmende strategische Bedeutung Afrikas als globaler Partner würdigen und sich als Partner positionieren, der Afrikas Zukunftsvision und die nachhaltige industrielle Entwicklung bei der Verwirklichung dieser Vision unterstützt. Dies setzt voraus, dass die EU-Politik zur Unterstützung der grünen Energiewende von lobenswerten Absichten zu konkreten Maßnahmen übergeht, die „schneller und intelligenter“ sind.

Afrikas CO₂-Fußabdruck ist zwar klein, aber die afrikanischen Länder sind besonders stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Die Reaktion der EU auf die grünen Subventionen des IRA der USA bietet eine Gelegenheit, Anreize für Investitionen von EU-Unternehmen in Afrika zu schaffen. Die Bemühungen um eine Abkopplung von China gehen weiter, angeführt von den Bemühungen der USA. Unternehmen suchen zunehmend nach Möglichkeiten, sich an den Initiativen „Local for Local“ und „Friendshoring“ zu beteiligen. Die Nähe Afrikas zu Europa bietet in dieser Hinsicht Chancen. Investitionen in den Bereichen ökologischer Wandel und Energie in Afrika werden sich mehrfach auszahlen. Durch derartige Investitionen werden die EU-Klimaschutzstrategien unterstützt, eine strategische Abkopplung von China ermöglicht, die Wettbewerbsfähigkeit von EU-Unternehmen gegenüber ihren US-Konkurrenten gefördert, der Aufbau afrikanischer Expertise in neuen grünen Wachstumsindustrien sowie die Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze unterstützt. Die EU muss jedoch be-

reit sein, Worten Taten folgen zu lassen, um die afrikanischen Ambitionen und Erwartungen an eine echte Partnerschaft zu erfüllen. Afrika hat andere Bewerber. Afrika braucht die EU, aber die EU braucht Afrika in gleichem Maße.

Eine Neuausrichtung der Beziehungen wird zudem mehr Gespräche und einen echten Dialog erfordern. Die EU spricht davon, die Bemühungen um eine „grüne Diplomatie“ zu verstärken. Diese können mit Afrika beginnen. Der EGD stellt Afrika vor Herausforderungen. Zur Abmilderung der gravierendsten müssen Modalitäten gefunden werden. Prinzipien der Gleichberechtigung und Klimagerechtigkeit müssen in den Beziehungen verankert werden, und diese müssen übergreifend sein. CBAM ist ein typisches Beispiel dafür. Gleiche Wettbewerbsbedingungen für Afrikas Landwirte sind angesichts der Bedeutung des Sektors für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents von entscheidender Bedeutung. Ein guter Anfang sind Beratungen mit Afrika über die Modalitäten, durch die sichergestellt wird, dass das GG die grüne Wende in Afrika unterstützt. Länder mit niedrigem Einkommen benötigen höhere Zuschüsse und konzessionäre Finanzierung, besonders in diesen Zeiten. Und der Energiearmut in Afrika muss das gleiche Maß an Aufmerksamkeit und Dringlichkeit zuteilwerden wie der Energiesicherheit in Europa.

Damit soll die Komplexität der grünen Energiewende nicht geleugnet werden. Die Spannungen zwischen kurzfristigen Erfordernissen und langfristigen Zielen der De-Karbonisierung, die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöst und durch die Auswirkungen einer anhaltenden globalen Pandemie noch verstärkt wurden, haben die Komplexität einer Beziehung erhöht, die schon zuvor nicht ohne Herausforderungen war. Die neu gestaltete Suche der EU und ihrer Mitgliedsstaaten nach fossilen Brennstoffen in Afrika als Ergebnis einer Abkehr von der Abhängigkeit von russischen Lieferungen wird besonders aufmerksam beobachtet. Grund ist die Sorge Afrikas, dass die Unterstützung der europäischen Energiesicherheit auf seine Kosten gehen wird. Afrika braucht in dieser Hinsicht Schutzmaßnahmen, ein Dialog ist erforderlich. Ein Mix aus nicht-erneuerbaren und erneuerbaren Energiequellen wird die Entwicklung Afrikas in einer noch zu bestimmenden Übergangszeit prägen. Immer mehr Menschen müssen aus der Armut befreit werden. Die Energielücken bleiben bestehen. Der ökologische Wandel in Afrika wird in mehreren Schritten erfolgen.

Diese Epoche der Uneinigkeit und Spaltung könnte durchaus der Moment sein, der den Raum und die Bedingungen schafft für einen dringend benötigten, ehrlichen Dialog über die Zukunft und die benötigten gemeinsamen Maßnahmen zur Schaffung beiderseitiger Vorteile – und zwar abseits

des stark „geskripteten“ Formats der EU-Afrika-Gipfel. Diesen wünschen sich sowohl Afrika als auch die EU. Eine Neuausrichtung der Beziehungen könnte eine wichtige Lektion vermitteln: Dass eine Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd möglich, wünschenswert und notwendig ist. Auf diese Weise kann ein neues Verhältnis zwischen Afrika und der EU formuliert werden: Ein partnerschaftliches Verhältnis der beiden Kontinente, mit einem neuen Modell der Zusammenarbeit, fußend auf Würde und gegenseitigem Respekt mit dem Ziel, in einer geteilten Welt Brücken zu bauen. Ein solches Ziel, in einer solchen Welt, wäre zweifelsohne erstrebenswert.

Engagement der Hanns-Seidel-Stiftung in Afrika

Seit über 50 Jahren engagiert sich die Hanns-Seidel-Stiftung in der internationalen Zusammenarbeit und fördert rund 90 Projekte in über 70 Ländern weltweit. Afrika stellt dabei einen Schwerpunkt dar, wobei die entwicklungspolitische Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in Afrika im Jahre 1977 mit einem Projekt in Togo begann.

Afrika ist für Europa und Deutschland als unmittelbar an Europa angrenzender Anrainer des südlichen Mittelmeers einer der wichtigsten Partner in der europäischen und deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Die Hanns-Seidel-Stiftung will durch die Arbeit in den Ländern Afrikas in erster Linie zur Verbesserung der Lebensverhältnisse beitragen. Der Klimawandel trifft den Kontinent besonders hart: Sowohl extreme Dürren und die damit einhergehende zunehmende Desertifikation der Sahelzone als auch Umweltkatastrophen fordern Tausende Todesopfer und entziehen Millionen von Menschen die Lebensgrundlage. Der Krieg in der Ukraine hat die Lage weiter verschärft. Ebenso wird Wasserknappheit ein immer wichtigeres Thema, während Bevölkerungswachstum und Industrialisierung einen massiven Anstieg des afrikanischen Energiebedarfs erkennen lassen.

Um diesen und anderen Herausforderungen gerecht zu werden, engagiert sich die Hanns-Seidel-Stiftung in Afrika mit konkreten Projektmaßnahmen, die auch den Klimaschutz und die Förderung der nachhaltigen Kreislaufwirtschaft betreffen. Die Hanns-Seidel-Stiftung arbeitet am Kontinent in 17 Ländern mit Partnern zusammen. Beispielsweise fördert sie in Ägypten die Umsetzung nationaler Umweltstrategien, führt in der Demokratischen Republik Kongo seit über 20 Jahren Agroforstprojekte im Auftrag der EU durch, ermöglicht in Namibia ein EU-finanziertes Projekt zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung oder beschäftigt sich mit Fragen des Wassermanagements und der Förderung erneuerbarer Energien in Marokko. Für die internationale Projektarbeit war und bleibt der afrikanische Kontinent der bedeutendste Schwerpunkt.

Zudem fördert die Hanns-Seidel-Stiftung den Dialog zwischen Europa und Afrika, indem sie Fachdelegationen in Brüssel, Berlin und München empfängt, thematische Studien durchführt oder Expertenrunden und Veranstaltungen organisiert.

///

Liste der Abkürzungen

| | |
|----------|---|
| AEEP: | Afrika-EU-Energiepartnerschaft |
| AFCFTA: | African Continental Free Trade Area (Afrikanisch-Kontinentale Freihandelszone) |
| AIDA: | Accelerated Industrial Development for Africa Initiative (Initiative zur Beschleunigung der industriellen Entwicklung in Afrika) |
| AIP: | Africa Investment Platform (Afrikanische Investitionsplattform für Wasservorhaben) |
| ARC: | African Risk Capacity (Afrikanischer Pool für Katastrophenrisiken) |
| BIP: | Bruttoinlandsprodukt |
| BRI: | Belt and Road Initiative (Neue Seidenstraßen-Initiative) |
| CAHOSCC: | Committee of the African Heads of State and Government on Climate Change (Ausschuss der afrikanischen Staats- und Regierungschefs zum Klimawandel) CBAM – Carbon Border Adjustment Mechanism (CO ₂ -Grenzausgleichssystem) |
| CCRDS: | Climate Change and Resilient Development Strategy and Action Plan (Strategie- und Aktionsplan für Klimawandel und widerstandsfähige Entwicklung) |
| CRM: | Critical Raw Materials (Kritische Rohstoffe) |
| EACOP: | East-Africa Crude Oil Pipeline (Ostafrikanische Rohöl-Pipeline) |
| EBWE: | Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (European Bank for Reconstruction and Development) |
| ECOWAS: | Economic Community of West Africa States (Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten) |
| EGD: | Europäischer Grüner Deal |
| EIB: | Europäische Investitionsbank |
| EK: | Europäische Kommission |
| ESG: | Environment, Social, Governance (Ökologisch und sozial nachhaltige Investitionen) |
| ETS: | Emissions Trading System (Emissionshandelssystem) |
| GAP: | Gemeinsame Agrarpolitik |

| | |
|----------|---|
| GCF: | Green Climate Fund (Grüner Klimafonds) |
| GG: | Global Gateway |
| GSSS: | Green, social, sustainability, and sustainability-linked (Grün, sozial, nachhaltig und nachhaltigkeitsorientiert) |
| IEA: | Internationale Energieagentur |
| IRA: | Inflation Reduction Act (Gesetz zur Reduzierung der Inflation) |
| IWF: | Internationaler Währungsfonds |
| LDC: | Least Developed Countries (Am wenigsten entwickelte Länder) |
| LNG: | Liquefied Natural Gas (Flüssigerdgas) |
| NDCs: | Nationally Determined Contributions (Nationale Klimabeiträge) |
| NDICI: | Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument (Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit) |
| ODA: | Official Development Assistance (Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) |
| RECs: | Regional Economic Communities (Regionale Wirtschaftsgemeinschaften) |
| REIPPPP: | Renewable Energy Independent Power Producer Procurement Programme (Beschaffungsprogramm für unabhängige Stromerzeuger aus erneuerbaren Energien) |
| SADC: | Southern Development Community (Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika) |
| SCO: | Shanghai Cooperation Organisation (Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit) |
| SDG: | Sustainable Development Goals (Ziele für nachhaltige Entwicklung) |
| UfM: | Union für den Mittelmeerraum |
| WB: | Weltbank |
| WTO: | World Trade Organisation (WHO, Welthandelsorganisation) |

Endnoten

- 1 Ishmael, Len (Hg.): A World Divided: A Multilayered, Multipolar World, in: Aftermath of War in Europe. The West vs. the Global South?, Policy Center for the New South, 2022.
- 2 Wheatley, Jonathan: World Bank Warns on Poorest Countries' Debt, in: Financial Times, Europa-Ausgabe, 7. Dezember 2022.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Bericht des IWF und der Weltbank: Poverty and Shared Prosperity 2022. Correcting Course, https://www.worldbank.org/en/publication/poverty-and-shared-prosperity?cid=ECR_TT_worldbank_EN_EXT
- 6 Mehrere Länder sind bereits mit der Rückzahlung ihrer Schulden in Verzug geraten. Sambia war das erste Land, gefolgt von Mali und Sri Lanka. Ghana, Ägypten und Tunesien befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium der Gespräche mit dem IWF über Rettungspakete. Der ghanaische Zedi hat 2022 mehr als die Hälfte seines Wertes verloren, was es schwieriger macht, auf US-Dollar lautende Schulden zu bedienen. Am 5. Dezember 2022 warnte das Land die Inhaber von Staatsanleihen in lokaler Währung, dass sie mit reduzierten Kuponzahlungen rechnen müssten.
- 7 Die geschäftsführende Direktorin des IWF, Kristina Georgieva, und Weltbankpräsident David Malpass. Gespräch im Zuge der Herbsttagung 2022: The Way Forward: Addressing Multiple Crises in an Era of Volatility, 10. Oktober 2022, <https://live.worldbank.org/events/annualmeetings-2022-the-way-forward>
- 8 Ebd.
- 9 EEAS, Europa, Borrell, Joseph: Why European Strategic Autonomy matters, 3. Dezember 2020, https://www.eeas.europa.eu/eeas/why-european-strategic-autonomy-matters_en
- 10 Ishmael, Len (Hg.): The Trans-Atlantic Relationship: The Grand Alliance for the Western Led Liberal World Order. Important but no longer Enough to Shape the World, in: After the COVID-19 Pandemic. How Does the World Change?, Brüssel 2021.
- 11 Ishmael: A World Divided.
- 12 Afrikanische Union: African Union Climate Change and Resilient Development Strategy and Action Plan (2022-2032), <https://au.int/en/documents/20220628/african-union-climate-change-and-resilient-development-strategy-and-action-plan>
- 13 Ebd.
- 14 Ebd.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd.

- 24 Ebd. Der Aktionsplan wurde zusätzlich von einer Reihe von Organisationen unterstützt, unter anderem von der EU und dem EU-Mitgliedsstaat Schweden.
- 25 SDG7 ist Teil der in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen formulierten Ziele für nachhaltige Entwicklung. Es handelt sich um das Ziel, bis 2030 allgemeinen Zugang zu bezahlbaren, verlässlichen und modernen Energiedienstleistungen zu sichern.
- 26 CGTN: 58.5 million children in Africa suffering from stunted growth, 10. Februar 2020, <https://newsaf.cgtn.com/news/2020-02-10/58-5-million-children-in-Africa-suffering-from-stunted-growth-NXaBbBYOSs/index.html>
- 27 Usman, Zainab / Abimola, Olumide / Ituen, Imeh: What Does the European Green Deal Mean for Africa?, Carnegie Endowment for International Peace, 18. Oktober 2021, <https://carnegieendowment.org/2021/10/20/navigating-opportunities-and-risks-of-european-green-deal-for-africa-pub-85579>
- 28 Ebd.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 Afrikanische Union: African Union Climate Change.
- 33 Ishmael, Len: Beyond Aid. Making the EU Partnership with Africa, work for Africa, Hanns-Seidel-Stiftung Deutschland/Brüssel 2021, <https://www.hss.de/publikationen/ueber-entwicklungshilfe-hinaus-beyond-aid-pub1954/>
- 34 Ebd.
- 35 Marokkanischer Beamter, persönliche Mitteilung, Atlantic Dialogues, Marrakesch, Dezember 2022.
- 36 Europäischer Rat: Gipfeltreffen zwischen der Europäischen und der Afrikanischen Union, 17.-18. Februar 2022, <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/international-summit/2022/02/17-18/>
- 37 AU: Die Afrika-EU-Partnerschaft, AEEP-Forum 2022: Advancing the Green gateway between Africa and Europe, 7. September 2022, <https://africa-eu-energy-partnership.org/aEEP-forum/>
- 38 Europäische Kommission, Global Gateway, Presseerklärung: EU and US Boost cooperation on Green Energy in Africa, 14. Oktober 2022, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_6083
- 39 Die ILO betrachtet das Konzept der grünen Arbeitsplätze als Teil des Prozesses der Umwandlung von Volkswirtschaften, Unternehmen, Arbeitsplätzen und Arbeitsmärkten in eine nachhaltige, emissionsarme Wirtschaft mit menschenwürdiger Arbeit.
- 40 ILO: Green Jobs in Africa, <https://www.ilo.org/africa/areas-of-work/green-jobs/lang--en/index.htm>
- 41 ISPI (Italienisches Institut für Internationale Politische Studien): Does Europe's Bumpy Road to Energy Security Lead to MENA?, August 2022, <https://www.ispionline.it/en/pubblicazione/europes-bumpy-road-energy-security-heading-middle-east-35994>
- 42 Ebd.
- 43 Ebd.
- 44 Europäische Kommission, Presseerklärung: Grüne Partnerschaft zwischen der EU und Marokko, 22. Oktober 2022, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_6362
- 45 Afrikanischer Beamter, persönliche Mitteilung, Marrakesch, Dezember 2022.
- 46 ISPI: Does Europe's Bumpy Road to Energy Security Lead to MENA?

- 47 Europäische Kommission: Der europäische Grüne Deal, Brüssel. 11. Dezember 2019, https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:b828d165-1c22-11ea-8c1f-01aa75ed71a1.0002.02/DOC_1&format=PDF
- 48 Ebd.
- 49 Ebd.
- 50 Ebd.
- 51 Ebd.
- 52 Ebd.
- 53 Rim, Berahab. Sanctions and Energy Supplies: Challenges and Opportunities for the Global South, in: Aftermath of War in Europe. The West vs. the Global South?, hrsg. von Len Ishmael, Policy Center for the New South, Dezember 2022.
- 54 Usman, Abimola, Ituen: What Does the European Green Deal Mean for Africa?
- 55 Usman, Zainab / Abimbola , Olumide / Ituen, Imeh: Africa in the EDG: The Numbers at Stake. Navigating the Opportunities and Risks of the European Green Deal for Africa – Carnegie Endowment for International Peace, <https://carnegieendowment.org/2021/10/20/navigating-opportunities-and-risks-of-european-green-deal-for-africa-pub-85579>
- 56 Usman, Abimola, Ituen: What Does the European Green Deal Mean for Africa?
- 57 Europäische Kommission, Presseerklärung: COP27: Europäische Union schließt strategische Partnerschaft mit Namibia zu nachhaltigen Rohstoffen und erneuerbarem Wasserstoff, 8. November 2022, https://ec.europa.eu/commission/press-corner/detail/en/ip_22_6683
- 58 Usman, Abimbola, Ituen: Africa in the EDG: The Numbers at Stake.
- 59 Usman, Abimola, Ituen: What Does the European Green Deal Mean for Africa?
- 60 Dickens, Olewe: COP27: Uganda-Tanzania Oil Pipeline sparks Climate Row, in: BBC News, Africa, 4. Oktober 2022, <https://www.bbc.com/news/world-africa-63212991>
- 61 Afrikanische Union: Climate Change.
- 62 Ebd.
- 63 IEA: SDG7: Data and Projections. Access to Electricity, Leitbericht, April 2022, <https://www.iea.org/reports/sdg7-data-and-projections>
- 64 Dickens: COP27: Uganda-Tanzania Oil Pipeline sparks Climate Row.
- 65 Ebd.
- 66 Ebd.
- 67 Rim: Sanctions and Energy Supplies: Challenges and Opportunities for the Global South.
- 68 Ebd.
- 69 Ebd.
- 70 Ebd.
- 71 Ebd.
- 72 Ebd.
- 73 Ebd.
- 74 Dickens: COP27: Uganda-Tanzania oil pipeline sparks Climate Row.
- 75 Afrikanischer Botschafter, persönliche Mitteilungen, Brüssel, November 2022.
- 76 Dickens: COP27: Uganda-Tanzania oil pipeline sparks Climate Row.
- 77 Ishmael: Aftermath of War in Europe: West vs. the Global South?

- 78 Verbelen, Kevin: The EU Carbon Border Adjustment Mechanism Amid Global Tensions. A Recipe for Disaster, in: *Aftermath of War in Europe: West vs the Global South?*, hrsg. von Len Ishmael, Policy Center for the New South. Dezember 2022.
- 79 Ebd.
- 80 Ebd.
- 81 Ebd.
- 82 Ebd.
- 83 Afrikanische Union: Climate Change.
- 84 Usman, Abimola, Ituen: What Does the European Green Deal Mean for Africa?
- 85 Ebd.
- 86 ILO: Report on Employment in Africa: Tackling the Youth Unemployment Challenge, Genf 2020, https://www.ilo.org/africa/information-resources/publications/WCMS_753300/lang-en/index.htm
- 87 Usman, Abimola, Ituen: What Does the European Green Deal Mean for Africa?
- 88 Ebd.
- 89 Ebd.
- 90 Afrikanische Union: African Union Climate Change.
- 91 McGrath, Matt: Climate Change: Hidden Emissions in liquid gas imports threaten targets, in: *BBC News. Science*, 3. November 2022, <https://www.bbc.co.uk/news/science-environment-63457377>
- 92 Ebd.
- 93 Ebd.
- 94 Ebd.
- 95 Verbelen: The EU Carbon Border Adjustment Mechanism.
- 96 Kommentare der Präsidentin der Europäischen Kommission, Dezember 2021, Birmingham, Finbarr / Nyabiage, Jevans: One year on, EU Alternative to China's Belt and Road fails to Delive, in: *South China Morning Post*, 31. Dezember 2022, <https://www.scmp.com/news/china/diplomacy/article/3204431/one-year-eu-alternative-chinas-belt-and-road-fails-deliver>
- 97 Sol, Xavier (Counter Balance) / Sial, Farwa (Eurodad): The Emperor's New Clothes. What's new about the EU's Global Gateway, <https://counter-balance.org/uploads/files/EU-global-gateway-report-FINAL.pdf>
- 98 Birmingham / Nyabiage: One year on.
- 99 Sial, Farwa / Benslama, Hamdi / Chikowore, Adrian: The Sixth EU-Africa Summit: Plenty of rehetoric, very little substance, Eurodad, 10. März 2022.
- 100 Sol / Sial: The Emperor's New Clothes.
- 101 Kommentare der Präsidentin der Europäischen Kommission.
- 102 Sol / Sial: The Emperor's New Clothes.
- 103 Eurodad: Das Europäische Netzwerk für Schulden und Entwicklung ist ein zivilgesellschaftliches Netzwerk von 58 Organisationen aus 27 europäischen Ländern. Counter Balance ist ein europäisches Konsortium von Entwicklungs- und Umwelt-NGOs.
- 104 Sol / Sial: The Emperor's New Clothes.
- 105 Europäischer Rat, Presseerklärung: Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Entwicklung), 28. November 2022, <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/fac/2022/11/28/>

- 106 Ishmael, Len: Beyond Aid. Making the EU Partnership with Africa, work for Africa, Hanns-Seidel-Stiftung, Deutschland/Brüssel 2021, <https://www.hss.de/publikationen/ueber-entwicklungshilfe-hinaus-beyond-aid-pub1954/>
- 107 Usman, Abimola, Ituen: What Does the European Green Deal Mean for Africa?
- 108 Sol / Sial: The Emperor's New Clothes.
- 109 Nedopil, Christopher: China Belt and Road Initiative (BRI), Investment Report H1 2022, Green Finance and Development Center, FISF, Fudan University Shanghai, Juli 2022, https://greenfdc.org/wp-content/uploads/2022/07/GFDC-2022_China-Belt-and-Road-Initiative-BRI-Investment-Report-H1-2022.pdf#page12
- 110 Fleming, Sam / Bounds, Andy / Hancock, Alice / Espinoza, Javier: Brussels Counters U.S. green subsidies with push to ease curbs on state aid, in: Financial Times Europa-Ausgabe, 31. Januar 2023.
- 111 Auf China folgen Südkorea, Frankreich, Schweden und die USA (Letztere an fünfter Stelle aufgrund des neuen Tesla-Werks in Berlin), Campbell, Peter / Dempsey, Harry: China Battery Makers' Clout Raises Fears in European Motor Industry, in: Financial Times, Europa-Ausgabe, 7. Dezember 2022.
- 112 Ebd. Mehr als 40 Prozent des Wertes eines Elektrofahrzeugs entfallen auf die Batteriekomponente. Das Land, das über die größte Produktionskapazität für diese Komponente verfügt, hat einen bedeutenden Anteil am Wert dieser neuen Industrie. Dieses Land ist China.
- 113 Ebd.
- 114 Usman, Abimola, Ituen: What Does the European Green Deal Mean for Africa?
- 115 Ebd.
- 116 Ebd.
- 117 Im September 2022 kündigte die EU eine befristete Sondersteuer auf Zufallsgewinne von Produzenten fossiler Brennstoffe an, die in den Jahren 2022 oder 2023 erzielt werden.
- 118 Afrikanische Union: African Union Climate Change.
- 119 Ebd.
- 120 Die derzeitige Praxis der OECD-Länder, einschließlich der EU-Mitgliedsstaaten und der USA, sich gegenseitig ihre Schulden durch Staatsanleihen abzukaufen, entzieht den Kapitalmärkten Liquidität und verteuert das Kapital für Entwicklungsländer erheblich.
- 121 Auf die Entwicklungsländer entfallen 60 Prozent der weltweiten Produktion und 70 Prozent des weltweiten Energiebedarfs. Sie beherbergen einen wachsenden Anteil der Weltbevölkerung, erhalten aber nur 10 Prozent der ökologisch und sozial nachhaltigen Investitionen (ESG) und 14 Prozent der weltweit ausgegebenen grünen Anleihen.
- 122 OECD-Forum zu grünen Finanzen und Investitionen 2022, Oktober 2022, <https://www.oecd-events.org/oecd-forum-on-green-finance-and-investment/>
- 123 Usman, Abimola, Ituen: What Does the European Green Deal Mean for Africa?
- 124 Ebd.
- 125 AU, Afrika-EU-Energiepartnerschaft: Advancing the Green Gateway between Africa and Europe. AEEP-Forum 2022.
- 126 Afrikanische Union: Climate Change.
- 127 Jones, Marc: Barbados Issues World's First Pandemic-protected Bond, September 2021, <https://www.reuters.com/world/americas/barbados-issues-worlds-first-pandemic-protected-bond-2022-09-21/>
- 128 OECD-Forum zu grünen Finanzen und Investitionen 2022, Oktober 2022.
- 129 Ebd.

- ¹³⁰ Europäische Kommission, Presseerklärung: Global Gateway: EU und USA intensivieren Zusammenarbeit für grüne Energie in Afrika, 14. Oktober 2022, <https://europeansting.com/2022/10/17/global-gateway-eu-and-us-boost-cooperation-on-green-energy-in-africa/>
- ¹³¹ Das REIPPP zielt darauf ab, die Megawattkapazität des Landes für das Stromnetz durch Investitionen des privaten Sektors in Wind-, Biomasse- und kleine Wasserkraftprojekte zu erhöhen. Durch das Eastern-Cape-Programm wurden seit dessen Einführung 18.132 Arbeitsplätze geschaffen.
- ¹³² Pickard, John / Hook, Lenard / Cotterill, Jack: Western Nations agree \$8.5 billion deal to help South Africa decarbonize, in: Financial Times, 2. November 2021.
- ¹³³ Ghanem, Hafez: The World Needs a Green Bank, Kurzbeschreibung, Policy Center for the New South. 1. Februar 2023.
- ¹³⁴ Ebd.
- ¹³⁵ Osborn, Catherine: The Barbadian Proposal Turning Heads at COP27, Außenpolitik, wöchentlicher Bericht über Lateinamerika, 11. November 2022, <https://foreignpolicy.com/2022/11/11/cop27-un-climate-barbados-mottley-climate-finance-imf/>
- ¹³⁶ Es wird berichtet, dass der US-amerikanische Klimabeauftragte John Kerry die Initiative unterstützt, ebenso wie der französische Präsident und die geschäftsführenden Direktoren von IWF und Weltbank, die zusammen mit anderen die „moralische Klarheit“ der Premierministerin gelobt haben. Initiativen wie diese sollten von der EU in anderen multilateralen Gremien wie der G7, der G20 und auf der COP28 im Jahr 2023 unterstützt werden.
- ¹³⁷ UN Chief: Tax Fossil Fuel Profits for Climate damage, in: BBC News, Science, 20. September 2022, <https://www.bbc.co.uk/news/science-environment-62970887>
- ¹³⁸ Jack, Simon / Edser, Nick: Shell reports highest profits in 115 years, in: BBC News, 2. Februar 2023. <https://www.bbc.com/news/uk-64489147>
- ¹³⁹ Ebd.
- ¹⁴⁰ Ishmael, Len (Hg.): A World Divided: A Multilayered, Multipolar World, in: Aftermath of war in Europe. The West vs. the Global South?, Policy Center for the New South, Dezember 2022.

Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: <https://www.hss.de/publikationen/>. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland –
Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den
Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) – Aspekte ihrer
Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch?
Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht:
anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische
Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten
Klimaveränderung für Deutschland und Europa
- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen
Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europä-
ischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des
Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“:
Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung –
eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen

- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration –
Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten –
Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU –
eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz,
Entwicklungsperspektiven und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik –
Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der
„Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems –
eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten?
Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“:
Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit –
Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 –
Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates –
Das australische Modell als Vorbild für Europa?
- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 –
Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess –
Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des
Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen
als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens –
Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse

- Nr. 54 Verwirrspiel Rente –
Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebens-abend
- Nr. 55 Die Piratenpartei –
Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
- Nr. 59 Die Wahlergebnisse der CSU – Analysen und Interpretationen
- Nr. 60 Der Islamische Staat – Grundzüge einer Staatsidee
- Nr. 61 Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft –
Ergebnisse einer Umfrage in Bayern
- Nr. 62 Impulse aus dem anderen Iran – Die systemkritische iranische
Reformtheologie und der christlich-islamische Dialog in Europa
- Nr. 63 Bayern, Tschechen und Sudetendeutsche:
Vom Gegeneinander zum Miteinander
- Nr. 64 Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015
- Nr. 65 Die ignorierte Revolution?
Die Entwicklung von den syrischen Aufständen zum Glaubenskrieg
- Nr. 66 Die Diskussion um eine Leitkultur –
Hintergrund, Positionen und aktueller Stand
- Nr. 67 Europäische Energiesicherheit im Wandel –
Globale Energiemegatrends und ihre Auswirkungen
- Nr. 68 Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU:
Aussichten für die Zukunft –China’s Silk Road Initiative
and the European Union: Prospects for the Future
- Nr. 69 Christliche Kirchen und Parteien – Übereinstimmungen und Gegensätze
- Nr. 70 Krisenherd Iran – Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs
- Nr. 71 Mittelpunkt Bürger: Dialog, Digital und Analog
- Nr. 72 Change in der Medien- und Kommunikationsbranche –
Ein Leitfaden für Veränderungsprozesse und die digitale Zukunft
- Nr. 73 Versorgungssicherheit bei Kritischen Rohstoffen –
Neue Herausforderungen durch Digitalisierung und Erneuerbare Energien
- Nr. 74 Jugendstudie Bayern 2019 – Untersuchungsbericht
- Nr. 75 Europa gestaltet globale Handelsbeziehungen –
Die Abkommen mit Japan, Mercosur und Vietnam
- Nr. 76 Rechtes Land? Demokratie stärken
- Nr. 77 Informationsbedrohungen – Herausforderungen
für den europäischen Informationsraum (deutsch und englisch)
- Nr. 78 Protestbewegungen in Russland: Zwischen Aufbruch und Stagnation
- Nr. 79 Klimaschutzbewegung und Linksextremismus –
Wie Linksextremisten vom Klimakampf profitieren
- Nr. 80 Die Europäische Union in der Corona-Weltwirtschaftskrise –
Perspektiven und Handlungsoptionen im geoökonomischen Wettbewerb
zwischen den USA und China (deutsch und englisch)

- Nr. 81 Mit KI gegen die Pandemie?
Über den Einsatz Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen
- Nr. 82 Das Kreuz mit der Neuen Rechten?
Rechtspopulistische Positionen auf dem Prüfstand
- Nr. 83 Wie aus Vertreibung Versöhnung wurde – 75 Jahre Kriegsende und
70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen
- Nr. 84 Salafismus in Deutschland und Bayern – Ein Problemaufriss
- Nr. 85 Agitation von Rechts – QAnon als antisemitische Querfront
- Nr. 86 Freiheitsgrundrechte in Zeiten von Corona
- Nr. 87 Politik und Parteiensystem in Bayern im Spannungsfeld von Corona und
Bundestagswahl – Untersuchungsbericht
- Nr. 88 Kinderschutz stärken –
Prävention und Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch
- Nr. 89 Über Entwicklungshilfe hinaus – Die EU-Strategie mit Afrika zum
Nutzen für Afrika (deutsch und englisch)
- Nr. 90 Kultur im Kampf gegen Corona
- Nr. 91 Die Zukunft der deutschen militärischen Luft- und Raumfahrt –
Herausforderungen und Handlungsoptionen
- Nr. 92 EU-Unterstützung für die Zivilgesellschaft und gute Regierungsführung –
Trends und Herausforderungen (deutsch und englisch)
- Nr. 93 Der neue Deutsche Weg –
Für eine Neuordnung der Prostitutionsgesetzgebung
- Nr. 94 Gesundheitsdaten nutzen!
Für eine patientenwohlorientierte Versorgung von morgen
- Nr. 95 Innovationen für die Zukunft –
Perspektiven für den Wissenschaftsstandort
- Nr. 96 Polizistinnen und Polizisten besser schützen
- Nr. 97 Geopolitische Machtverschiebungen im Balkanraum
- Nr. 98 Die Beziehungen zwischen der EU und Afrika:
Energiefragen und die grüne Wende in Krisenzeiten –
Ein neues Modell der Zusammenarbeit
(deutsch und englisch)